

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 291 · 25. JAHRGANG · AUSGABE 5/2019 VOM 30. APRIL 2019 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

5 | **Der Demokratie
den Daumen gezeigt**
StVV-Beschlüsse nicht rechtssicher

7-10 | **Zwangsräumung
und Mietsteigerungen**
Schwerpunktthema: Mieten

13 | **Ein neuer
Anfang?**
Präsidentenwahl in der Ukraine

Maizartheit

*Welche Kraft haben die saftigen Triebe
nach wenigen Tagen der Wärme und Ruhe!
Unser Garten sieht herrlich in
mildem Grün zu uns herüber.*

*Zarte Ranken wuchern am Zaun. Geh
und gib dem wilden Wein einen Halt.
Beuge nicht zu stark, daß der
junge Trieb nicht bricht.*

*Zu spät! Saft spritzt auf deine Haut.
Nur eine Richtung weisen und
leichten Halt geben. Diese rauhe
Hopfenpflanze hier windet links.*

*Nicht anders kannst du Stütze ihr geben.
Der maizarte, saftige, rauhe
Hopfentrieb würde brechen. Berühre
nur und weise die Richtung.*

*Ohne Druck, ohne Zwang.
Die Pflanzen danken mit üppigem
Blattschmuck. So werden wir eine
harmonische Zeit in unserem Garten erleben.*

WALTRAUD VOIGT

Gewaltsame Zwangsräumung



Die Staatsmacht zeigte sich nach Ostern in voller Pracht. Mindestens 50 Polizisten – darunter an die zwei Dutzend vermummte und in ihrer Verkleidung an Starwars-Klonkrieger erinnernde Beamte – waren am Vormittag des 23. April aufgeboten worden, um drei alte und kranke Leute aus ihren Wohnungen zu vertreiben. Der Hauseigentümer Andreas Bläsing hatte die Zwangsräumung in Gang gesetzt, weil er das Haus in der Heimatstraße im Stadtteil Kupferhammer abreißen will.

Bläsing hatte Gebäude und Grundstück 2014 sehr preiswert von der städtischen WHG Wohnungs- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH erworben, mit der Auflage, das Haus zu sanieren.

Mitglieder der Initiative »Recht auf Eberswalde« hatten unter dem Motto »Unsere Heimat ist die Heimatstraße« zum Protest gegen die Zwangsräumung aufgerufen und sich auf dem Privatgelände auf die Stufen zum Hauseingang gesetzt. Sie wurden von den Polizeibeamten gewaltsam fortgetragen.

(mehr zum Schwerpunktthema auf Seiten 7 bis 10)

130 Jahre Kampf- und Feiertag 1. Mai

Am 1. Mai 1886 begann in den USA ein mehrtägiger Generalstreik unter der Kampflosung des Achtstundentages. Der Streik erfaßte die wichtigsten Insustriezentren – New York, Philadelphia, Chicago, Louisville, Saint Louis, Milwaukee, Baltimore; das Ergebnis war eine Verkürzung des Arbeitstages für etwa 200.000 Arbeiter.

Die Unternehmer antworteten mit einer Gegenoffensive. Am 4. Mai wurde in Chicago eine Bombe in eine Gruppe von Polizisten geschleudert. Das war für die Polizei Anlaß, mit Waffengewalt gegen die Arbeiter vorzugehen und mehrere hundert Personen zu verhaften.

Es kam zu einem Gerichtsprozeß, in dem die Führer der Chicagoer Arbeiterbewegung zu hohen Strafen verurteilt wurden; vier von ihnen wurden im November 1887 gehängt. Die im Streik errungenen Erfolge wurden in den folgenden Jahren von den Unternehmern wieder zunichte gemacht.

Zu Ehren dieses Streiks hat der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß 1889 in Paris den Beschluß gefaßt, den 1. Mai alljährlich als internationalen Feiertag der Arbeiter zu begehen.

Quelle: Marx/Engels-Werke Band 21 Anmerkung 299

Europa- und Kommunalwahlen am 26. Mai 2019

Seit 29. April ist die vorzeitige Abgabe der Stimmen per Briefwahl oder direkt in den Briefwahllokalen möglich.

Warum müssen Kriege sein?

Diese Frage stelle ich mir in letzter Zeit immer öfter, ich kann und will es auch nicht verstehen. Hat uns der 2. Weltkrieg nicht gereicht? Haben wir alles vergessen, was dort geschah? All den Kummer, den Hunger, das Leid und den Schmerz? Die ungezählten Toten, die in den Gaskammern ihr Leben lassen mußten, nur weil sie nicht »arisch« waren? Habt ihr vergessen, die Väter, Brüder, die vielen Männer, welche gefallen sind an den Fronten? Wollt ihr wieder einen neuen Krieg zulassen?

Ist die Bundeswehr nicht bereits wieder in weltweiten Konflikten eingebunden, die BRD der dritt- oder viertgrößte Waffenhändler in der Welt? Unsere Verteidigungsministerin erhöht die Ausgaben für die Bundeswehr, ist Gesamtsprecherin für die Stärkung der NATO mit Zielrichtung gegen Rußland.

Liebe Freunde, Genossen, Großeltern, Eltern, Friedensfreunde, wollen wir diese militärische Aufrüstung in Deutschland wirklich haben? Haben wir nicht genügend Gründe, unser Können anderweitig zu verwenden? Wollen wir, daß die Kinderarmut gegenwärtig noch höher steigt als sie in den letzten Jahren bereits bestand?

Nein, das wollen wir nicht! Wacht endlich auf und wehrt euch gegen diese wieder erwachende kriegerische Brut in Deutschland.

Sollen wieder Bomben über unsere Köpfe, Häuser, Felder fallen? Wollt ihr wieder nächtelang in Luftschutzkellern verbringen, erleben, wie Familienmitglieder ihr Leben verlieren?

Diese Ängste bringen Unruhe und Haß in unsere schöne Welt. Wir wollen unser Leben nicht den Kriegstreibern hinwerfen, nur damit die Kriegsgewinne steigen. Die Zulassung der erneuten Waffenlieferungen an die Saudis ist das neueste Beispiel für die menschenverachtenden Handlungen der Bundesregierung.

*Diese Entscheidung widerspricht dem Willen des Wahlvolkes. Die aktuellen Wahlen am 26. Mai in den Kommunen und zum Europaparlament sowie am 1. September zum Landtag ermöglichen uns mal wieder, unsere Meinung mittels Stimmabgabe zum Ausdruck zu bringen. **Mein Wahltip: Keine Stimme den Kriegerparteien!***

Der Imperialismus ist eine Gefahr für die Menschheit, darum schreiet gegen seine weitere Entfaltung weltweit ein, verhindert Kriege überall, gleich aus welchem Anlaß sie entstehen. Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, die Geschwister Scholl, Anne Frank und viele andere Menschen aller Religionen, Anschauungen und Überzeugungen haben gegen den Krieg gekämpft – und ihr Leben gelassen.

Ich bin eine Rentnerin und über 80 Jahre alt. Ich bin sehr besorgt. Der 1. Mai 2019 ist nicht mehr weit. Liebe Leser, Bürger der Stadt Eberswalde, bekennet euch zu einem friedliebenden Leben in unsrem Land, zur Freundschaft zu Rußland, mit ganzem Herzen.

Es lebe der Friede.

MARIA BENDITZ

Ein buntes Programm am Ersten Mai

Tag der Arbeit – 1. Mai 2019 Eberswalde | Demonstration zum MARKTPLATZ

PROGRAMM 10 – 14 Uhr

– Demonstration (Treffpunkt 9.45 Uhr Karl-Marx-Platz)

– Eröffnung DGB Kreisverband BARNIM

– Mai-Rede Susanna Karawanskij, Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie

– CARLY PERAN – LIVE

Der DGB-Kreisverband Barnim und das Eberswalder Maikomitee rufen alle Eberswalderinnen und Eberswalder auf, an der Demo vom Karl-Marx-Platz zum Marktplatz und der Maikundgebung teilzunehmen.

Ein buntes Programm erwartet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf dem Eberswalder Marktplatz: Unterhaltung, Kultur, Politik und Musik, Quiz, Tombola und Kinder-Malwettbewerb. Der Sänger Carly Peran ist vertreten und die Tanzgruppe des Falkenberger Karnevalvereins. Auch in diesem Jahr gibt es wieder eine Segway-Station mit dem SW Mobilspaß sowie die Kinder-Hüpfburg vom Kreissportbund Barnim. Für Essen und Trinken ist gesorgt, dank der Flemsdorfer Haie und dem Cateringservice Nancy Salzwedel.

Unterstützer dieser Kundgebung sind die SPD-Ortsvereine Eberswalde und Finow, die Bürgerfraktion Barnim, DIE LINKE Barnim, DKP, Rotfuchs e.V und das Bündnis für Frieden Eberswalde.

1. Mai in Bernau:

Europa. Jetzt aber »Richtig«!

Auch in unserer Stadt Bernau ein Thema, wieviel Europa kommt in Bernau an.

Was läßt sich da besser an, als am Tag der Arbeit, am 1. Mai, auf dem Platz vor dem Steintor gemeinsam darüber zu diskutieren und sich auszutauschen.

Eingerahmt in ein vielseitiges Unterhaltungsprogramm erwartet die Bernauerinnen und Bernauer, eine interessante Diskussion zu den Themen: Beschäftigung, Leiharbeit, Grundeinkommen, soziale Benachteiligung und die Rolle der Arbeit in der Zukunft.

Das Organisationsteam, bestehend aus den Parteien DIE LINKE, SPD, der AWO, der Gewerkschaft IG Bau sowie Solid, Rotfuchs und einer Vielzahl von Vereinen und Verbänden, lädt alle Bürgerinnen und Bürger recht herzlich von 10 bis 14 Uhr ein, den Tag gemeinsam zu verbringen. Natürlich ist auch an die vielen kleinen Bewohner unserer Stadt gedacht, es wird eine Hüpfburg und die eine oder andere interessante Überraschung geben und an das leibliche Wohl ist auch gedacht worden.

THOMAS SOHN

Demokratie beginnt vor der Haustür

Selbstbestimmung im Rahmen der individuellen natürlich gegebenen Möglichkeiten ist das Recht eines jeden Menschen. Das Privatleben organisieren wir innerhalb der Familie, die – gleich welcher Form – als kleinste Zelle der Gesellschaft gilt. Beziehungen darüber hinaus sind gesellschaftliche Beziehungen, die nur demokratisch geregelt werden können.

Demokratie beginnt also vor der Wohnungstür – im Haus, in der Straße, im Quartier, im Wohngebiet, im Ortsteil.

Im Haus und im näheren Wohnumfeld obliegt es jedem selbst, geeignete Organisationsformen für ein Miteinander zu finden: Hausgemeinschaften, Straßenkomitees, Quartiers- und Wohngebietsräte.

Ab der Ebene Ortsteil geben gesetzliche Regelungen einen Rahmen. In Eberswalde sind die meisten Ortsteile ohne demokratische Vertretung. Infolge der restriktiven Regelungen der Kommunalverfassung und die Passivität der Stadtverordnetenversammlung wurden die städtischen Ortsteile in Eberswalde nach der Kommunalwahl von 2014 zu Ortsteilen ohne Ortsteilvertretung.

Die Vorgängerfraktion »Die Linke/AfW« der 2014 gegründeten Alternativen Liste Ebers-

walde hatte bereits 2013 Regelungen vorgeschlagen, die dies verhindert hätten. Der damalige Vorstoß scheiterte an der Stadtverordnetenmehrheit wie der Versuch, den Ortsteilvertretungen die vollen Rechte entsprechend der Kommunalverfassung zuzugestehen.

Ende 2018 scheiterte ein erneuter Demokratisierungsversuch, der diesmal vom ALE-Mandatsträger im Einvernehmen mit der SPD-Fraktion ausging, am Widerstand der Stadtverwaltung und einer Mehrheit der Stadtverordneten.

Vielleicht gibt es mit der neuen Stadtverordnetenversammlung, die am 26. Mai gewählt wird, neue Versuche, die demokratischen Mitbestimmungsrechte der Bevölkerung in den Ortsteilen und damit in der Stadt zu stärken.

Für die Selbstorganisation in den Ortsteilen, Wohngebieten, Quartieren, Straßen und Hausgemeinschaften braucht indes niemand auf einen Stadtverordnetenbeschluß warten. Hier heißt es schlicht: Fangen wir an!

Anfänge gibt es ja bereits mit diversen Nachbarschafts- und Straßeninitiativen, Gemeinschaftsgärten, Tausch- und Schenkkläden, Ortsteilvereinen und vieles andere mehr.

GERD MARKMANN

Spendenberichte ausgedünnt

Eberswalde (bbp). Künftig sollen die seit 2007 halbjährlich vorgelegten Berichte zu Spenden an die Stadt Eberswalde den Stadtverordneten nur noch jährlich zur Kenntnis gegeben werden. Dies hat Bürgermeister Friedhelm Boginski zu letzten Stadtverordnetenversammlung vor den Kommunalwahlen vorgeschlagen. Die Spenden-Berichterstattung war damals wegen der Korruptionsaffäre des 2006 abgewählten Bürgermeisters Reinhard Schulz eingeführt worden. Die Stadt hatte im Zusammenhang mit dem Verkauf der städtischen Anteile an den Stadtwerken von den Käufern Spenden in sechsstelliger Höhe erhalten, über die Schulz

an der Stadtverordnetenversammlung vorbei in eigener Machtvollkommenheit verfügte.

Seit es die Spendenberichte gibt, gab es keine Auffälligkeiten mehr, die ähnliche Machenschaften, wie sie damals aufgedeckt wurden, vermuten lassen. Lediglich die regelmäßigen Spenden für den Tierpark, die über den Förderverein abgewickelt werden, blieben nach wie vor für die Öffentlichkeit intransparent.

Gründe für die geänderte Verfahrensweise fehlen in der Beschlusvorlage. Verwunderlich ist zudem, daß diese Entscheidung nicht der neuen Stadtverordnetenversammlung überlassen wurde.

Fast 100 Millionen Euro

Eberswalde (bbp). Die Stadt Eberswalde hatte per 31. März 2019 gut 62,8 Millionen Euro an liquiden Mitteln in der Kasse. Hinzu kamen offene Forderungen in Höhe von 35,6 Millionen. In der Summe sind das 98,4 Millionen Euro an Guthaben, denen lediglich 4 Millionen Euro an kurzfristigen Verbindlichkeiten entgegenstehen. Die längerfristigen Verbindlichkeiten aus Kreditgeschäften betragen etwa 5,7 Millionen Euro.

Aus der Kasse heraus können auch sofort und sämtliche Rückstellungen finanziert werden, die insgesamt knapp 32,6 Millionen Euro betragen, darunter 24 Millionen Euro langfristige Pensionsrückstellungen.

Die Stadt Eberswalde verfügt somit über die Mittel, um alle laut Haushaltssatzung 2019 vorgesehenen Auszahlungen realisieren zu können, selbst für den unrealistischen Fall, daß der Kämmerer keinerlei Einzahlungen verbuchen würde.

Mehr Verkehr am WFK?

Eberswalde (bbp) Das Klinikum Barnim schätzt die ÖPNV-Versorgung im Bereich des Werner-Forßmann-Krankenhauses (WFK) als unzureichend ein. Das macht die Stellungnahme des Klinikums zum Bebauungsplan »Schwärzeblick« deutlich. Der Plan sieht ein neues Wohngebiet auf dem Areal der einstigen Nachrichtenwerkstatt der NVA vor. Seitens des WFK wird eine verstärkte Verkehrsbelastung der Straße Am Krankenhaus befürchtet. Deswegen könne das Krankenhaus die Fläche für ein geplantes Parkhaus nicht freigeben. Das WFK bevorzugt eine mögliche Fußgängerbrücke über die Gleisanlagen des Bahnwerkes als direkte Verbindung zum Bahnhof. Damit würde das Krankenhaus besser an die Stadt angeschlossen sein und viele Mitarbeiter, die Pendler sind, kämen schneller zur Arbeit und nach Hause. Der Verkehr würde spürbar nachlassen. Indes prüft der Landkreis eine bessere ÖPNV-Versorgung in der Rudolf-Breitscheid-Straße.

Erhalt der Teufelsbrücke

Eberswalde (bbp). »Wie gedenkt die Stadt mit der unter Denkmalschutz stehenden Teufelsbrücke in Zukunft umzugehen?« Dieser Frage stellten KARL-DIETRICH LAFFIN (Bündnis 90/Die Grünen) und DIETMAR ORTEL (CDU) gemeinsam zur Stadtverordnetenversammlung am 29. April.

Da sich diese Brücke über den Eingang zum Messingwerkhafen spannt, gehöre sie unzweifelhaft zum Denkmalbereich Messingwerksiedlung, den die Stadtverordnetenversammlung im Dezember 1996 beschlossen hat, meinen die beiden Mitglieder des »Fördervereins Finow-er Wasserturm und sein Umfeld e.V.«. Die beiden Stadtverordneten interessieren sich im weiteren dafür, »welche Finanzierungsmöglichkeiten zur Sanierung der Teufelsbrücke unter Einbeziehung von Bund, Land, Kreis und Stadt« genutzt werden können und welche Nutzungsformen der Teufelsbrücke unter touristischer Sicht möglich bzw. geplant sind.

Musiksommer 2019:

»Schöner leben ohne Nazis«

Das Team von »Schöner leben ohne Nazis« beim Landesjugendring ruft alle musikalisch Kreativen im Land Brandenburg auf, beim Musiksommer 2019 mitzumachen. Gesucht werden Bands, Rapper, Chöre und andere musikalisch kreative Menschen. Vom 10. Mai bis zum 31. August kommt die Kampagne zu den Kreativen – das konkrete Veranstaltungsformat ist jeweils flexibel. Die Kampagne »Schöner leben ohne Nazis« tourt seit 2013 durch Brandenburg und zeigt, daß ein Leben ohne Haß und Gewalt, ohne Ausgrenzung und Diskriminierung schöner ist und mehr Spaß bringt.

LANDESJUGENDRING

Anzeige

Wählt FREIE WÄHLER

Dr. Andreas Steiner
Bürgerwillen durchsetzen - Straßenbaubeiträge abschaffen!

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

im Mittelpunkt meiner Politik stehen Sie.

Als Gemeindevertreter Schorfheide habe ich mich vorrangig und unbeugsam für Ihre Anliegen und die Stärkung der direkten Bürgerdemokratie eingesetzt. Gern möchte ich weiterhin Ihr Ansprechpartner, Interessenvertreter und Vermittler gegenüber den Verwaltungen sein.

In Schorfheide erhielten die Anwohner beim Straßenausbau die Entscheidungsgewalt bezüglich der Variantenwahl. Ein fauler Kompromiß. Mein Ziel ist die Abschaffung der Straßenbaubeiträge noch in diesem Jahr!

Dafür setze ich mich ein:

- Umfassende Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur des nördlichen Barnim (bessere ÖPNV-Anbindung des erweiterten Speckgürtels nach Berlin und zwischen den Ortsteilen, bezahlbares sowie altersgerechtes Wohnen, gute Kinderbetreuung, Bildung und medizinische Versorgung, flächendeckend schnelles Internet...).
- Allgemeinwohl und soziale Teilhabe für alle: Regionales Wachstum darf nicht zu sozialen Verwerfungen führen. Und nicht zu Lasten des Natur- und Umweltschutzes gehen. Der »grüne Barnim« mit Lebensräumen für Tier- und Pflanzenarten ist zu bewahren. Dies erfordert eine intelligente Regionalplanung, die keinen Lobbyismus für einflußreiche Interessengruppen betreibt, sondern »das große Ganze« im Blick hat.

Dr. Andreas Steiner,
Fachgutachter Umwelttechnologie

Sie können sich jederzeit an mich wenden:
Dr. Andreas Steiner · Steinfurter Str. 32 · 16244 Schorfheide
drandreassteiner@googlegmail.com



Guernika und Eberswalde

Am 26. April 1937 griffen deutsche Bomber der »Legion Condor« die kleine baskische Stadt Guernika an und machten sie dem Erdboden gleich. Zum erstenmal wurde damit eine Stadt ohne militärische oder strategische Bedeutung systematisch zerstört. Guernika stand damit am Anfang einer Reihe, die sich mit Coventry, Warschau, Hamburg, Dresden, Hiroshima und Aleppo fortsetzen sollte – und genau acht Jahre nach Guernika – in der Nacht vom 25. zum 26. April 1945 auch mit Eberswalde.

Anzeige

**JETZT SCHLÄGT'S
DREIZINN**

**Wahlvorschlag 13
Einzelwahlvorschlag Zinn**

Zinn, Carsten
Agrar-Ingenieurökonom
Eberswalde
Geburtsjahr: 1957

Wahl der
Stadtverordnetenversammlung der
Stadt Eberswalde
(Wahlkreis 2)

und

Wahl der
Abgeordneten des Kreistages des
Landkreises Barnim
(Wahlkreis 2)

am 26. Mai 2019

Liebe Wählerinnen und Wähler,

seit mehr als 11 Jahren engagiere ich mich als Stadtverordneter in der Kommunalpolitik der Stadt Eberswalde und im regionalen Umfeld des Landkreises Barnim. Von 2008 bis 2014 war ich Ortsvorsteher im Eberswalder Brandenburgischen Viertel. Dabei habe ich stets die Probleme der hier lebenden Menschen in ihrem sozialen Umfeld thematisiert und in den Mittelpunkt meines aktiven bürgernahen Handelns gestellt.

Das soll auch so bleiben. Ich möchte weiterhin politisch aktiv sein und dafür wirken, dass Kommunalpolitik nicht nur parteipolitischen Interessen, sondern vor allem der transparenten Gestaltung der Lebensbedingungen der BürgerInnen vor Ort dient. Deshalb bin ich erneut als Kandidat zur Wahl in die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und zur Wahl in den Kreistag Barnim angetreten.

Ich erlebe häufig, dass berechtigte Anliegen von Eberswalder BürgerInnen von oben herab und oft am Kern der Sache vorbei behandelt werden. Gleiches gilt für zahlreiche Kommunen im Landkreis Barnim.

Mit und für Bürgerinnen und Bürger!

Das ist das Motto meines Handelns. Dafür bitte ich Sie herzlich um Ihre Stimmen zur Wahl in die Stadtverordnetenversammlung Eberswalde und zur Wahl in den Kreistag Barnim am 26. Mai 2019.

WÄHLEN SIE ZINNVOLL!

Carsten Zinn Telefon 0170 2029881 E-Mail: carsten.zinn@gmx.de

Pläne aus einer vergangenen Zeit

Eberswalde (bbp). Am 9. April stand in der Sitzung des städtischen Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 136/1 »Friedrich-Ebert-Straße Süd« auf der Tagesordnung. Der Finower Albrecht Triller, lange Jahre selbst Stadtverordneter, nutzte die Einwohnerfragestunde, um darauf einzugehen. Er verwies darauf, daß bereits im März das Bebauungskonzept vorgestellt wurde. Obwohl dies für »Informationen« nicht vorgesehen ist, gab es dazu eine Debatte, die ihren Niederschlag auch in der Niederschrift fand. »Im Ergebnis der Diskussion ist festzuhalten«, steht dort, »daß das vorgestellte Konzept grundsätzlich befürwortet wird...«. Es erfolgte also, so Triller, satzungswidrig eine Meinungsbildung ohne Öffentlichkeit, »die nicht verwendet werden dürfte«.

Als Begründung stehe nur ein Satz in den Unterlagen: »Zur Stärkung des Zentralen Versorgungsbereiches Stadtmitte und der Friedrich-Ebert-Straße als Einkaufsstraße sowie zur Stärkung des Wohnstandortes Stadtmitte kommt der geplanten Schließung des Blockrandes zur Unterbringung von Handels- und Wohnfunktionen eine große Bedeutung zu«.

Diese Begründung »ist völlig aus der Luft gegriffen und wird nicht belegt«, argumentiert Triller. Schon 2011 habe sich die WHG von dem Projekt zurückgezogen. Seither sei die Begründung noch fragwürdiger geworden.

»Es gibt aktuell keinerlei Zwänge, über den Bebauungsplan jetzt zu entscheiden.« Die Kommunalwahl stehe unmittelbar bevor und bei den Kandidaten vollziehe sich gerade ein Generationswechsel. Es widerspreche demokratischen Prinzipien, »den neuen Stadtverordneten durch die alten vorschreiben zu wollen, was sie als neugewählte Abgeordnete tun sollen. Auch bei der Stadtverwaltung ist ein Generationswechsel dringend angesagt. Die Stadt braucht neue Gestaltungsideen für die Stadtentwicklung und schöpferischen Spielraum für neue Kräfte.«

Albrecht Triller schlug daher vor, das Thema »Friedrich-Ebert-Straße Süd« von der Tagesordnung zu nehmen und »nicht aus der Hüfte« zu behandeln, »damit nicht ein verkehrs- und klimafeindliches und für die Stadtentwicklung negatives Konzept à la 1900 in Angriff genommen wird«.

Abschließend schlug er eine Neugestaltung der Grünfläche mit Blumenrabatten und Aufenthaltsflächen mit Sitzgelegenheiten sowie kleinen Spielflächen für Kinder vor. »Belebung des Stadtzentrums statt Bauklötzer – muß die Devise sein«.



Foto: Peter Siegemund

Über Ostern hatten Unbekannte ein Wahlplakat der Bündnisgrünen, das auf dem Areal der »Ebertstraße Süd« steht, kreativ bearbeitet: »Alle Parteien, die hier werben« – also auch die Grünen – »haben der Bebauung dieser Grünfläche zugestimmt«, schrieben die Unbekannten. Sie fordern zum Einmischen auf, um »Parkhäuser & Luxuswohnungen« zu verhindern. Schon am Montag nach Ostern war das kreativ veränderte Plakat überklebt...

Mehrere der ABPU-Mitglieder sahen sich bemüht, den Ausführungen von Albrecht Triller zu widersprechen. Allen voran der Ausschußvorsitzende Jürgen Wolff (DIE LINKE), der den Einwohner belehrte, daß die Vorabinformation ein Mittel der Transparenz sei. Schließlich könnten die Stadtverordneten ja später dagegen stimmen. Bernd Banaskiewicz wies darauf hin, daß die eigentliche Entscheidung, den Platz zu bebauen, schon vor langer Zeit gefällt worden sei. Es gebe immer Einzelmeinungen, die anderer Auffassung sind, aber man müsse akzeptieren, daß es eine demokratische Mehrheitsentscheidung ist. Auch Uwe Grohs (CDU) verwies darauf, daß die Bauleitplanung fair und demokratisch sei. Mit dem Aufstellungsbeschluss beginne das Verfahren erst und es gebe noch zahlreiche Möglichkeiten, auf Veränderungen hinzuwirken. Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) erinnerte daran, daß die Vorbereitungen für die Bebauung schon 1990 begannen. Bei der Planung des Sanierungsgebietes war das Fehlen der alten Haupteinkaufsstraße als Mangel erkannt worden. Die Bebauung sei wichtig für die Entwicklung des Einzelhandels. Richard Bloch (sachkundiger Einwohner auf Vorschlag von DIE SPD) stimmte seinen Vorrednern zu, wandte aber ein, daß nicht jede Baulücke gefüllt werden müsse.

Am Ende stimmte nur der Vertreter der Fraktion Unabhängiges Wählerbündnis Eberswalde gegen den Aufstellungsbeschluss. Über die Aufstellung entscheidet am 29. April die Stadtverordnetenversammlung. Es ist eine von 21 Beschlussvorlagen sowie 20 anderen Tagesordnungspunkten.

Der Demokratie den Daumen gezeigt

Fehlende Rechtssicherheit für Beschlüsse der April-Stadtverordnetenversammlung?

Am Montag, den 29. April, kommen die Eberswalder Stadtverordneten zu ihrer letzten Sitzung vor der Kommunalwahl am 26. Mai zusammen. Ein Mammutprogramm steht auf der Tagesordnung, die 21 Punkte allein im öffentlichen Teil umfaßt. Dabei weist allein der TOP 21 (Beschlüßvorlagen) nochmals 21 Unterpunkte auf. In der vorgegebenen Zeit von 18 bis 22 Uhr wird das Programm kaum zu schaffen sein. Eine Lösung könnte sein, die Vorlagen des TOP 21 zu vertagen und die Beschlüßfassung den neuen Stadtverordneten zu überlassen. Denn ohnehin sind aller Wahrscheinlichkeit nach die Beschlüsse, die im April gefaßt wurden und werden, rechtlich anfechtbar.

Kurz vor der März-Sitzung der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 28. März hatte sich die bisherige Bürgerfraktion Eberswalde in ihre beiden Wahlträger-Bestandteile aufgelöst (BBP 4/2019). Durch zwei neue Fraktionen mit je 2 Mitgliedern veränderte sich das Stärkeverhältnis der Fraktionen. Hinsichtlich der Sitzverteilung in den Gremien der Stadtverordnetenversammlung einschließlich der Aufsichtsräte in den städtischen Gesellschaften standen nun plötzlich der bisherigen Zweier-Fraktion »Bündnis Eberswalde« die beiden neuen Fraktionen gleichberechtigt zur Seite. Mit vier Stadtverordneten hatten sie bislang Anspruch auf jeweils einen Sitz in den meisten Ausschüssen und in den Aufsichtsräten. Durch den Fraktionssplitt war nunmehr eine Verteilung per Losentscheid zwischen den drei Zweier-Fraktionen angesagt.

Die Fraktion »Bündnis Eberswalde« hatte sofort reagiert und gemäß der Kommunalverfassung eine entsprechende Neuverteilung der Gremiensitze beantragt. Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung VOLKER PASSOKE (Die Linke) hatte im Einvernehmen mit Bürgermeister FRIEDHELM BOGINSKI die Regelung in der Geschäftsordnung geltend gemacht, wonach Angelegenheiten auf die Tagesordnung kommen, die »bis zum Ablauf des

15. Kalendertages vor dem Sitzungstag« eingereicht wurden, außer wenn eine Eilbedürftigkeit nachgewiesen werden könne. Die Mehrheit der Stadtverordneten folgte dem Ansinnen des Vorsitzenden und des Bürgermeisters und lehnte eine Aufnahme in die Tagesordnung ab.

Dabei blieb unbeachtet, daß es sich hier gar nicht um eine Angelegenheit handelte, für die diese Vorschriften der Geschäftsordnung gelten. Vielmehr entfaltet hier der § 41 der Kommunalverfassung eine direkte Wirkung, von dem nur im Falle anderer gesetzlicher Vorschriften oder durch einstimmige Entscheidung der Stadtverordneten abgewichen werden kann. Im Absatz 6 heißt es eindeutig: »Auf Antrag einer Fraktion ist eine Neubesetzung ... vorzunehmen, ... wenn sich ... das Stärkeverhältnis der Fraktionen in einer Weise geändert hat, daß hiervon die Sitzverteilung ... berührt wäre«.

Das Stärkeverhältnis der Fraktionen hatte sich mit Auswirkung auf Sitzverteilung geändert und es gab den Antrag einer Fraktion. Hier hätte zweifelsfrei sofort ohne weitere Diskussion über die Neuverteilung der Sitze entschieden werden müssen. Der StVV-Vorsitzende und der Bürgermeister tragen die Verantwortung dafür, daß dies nicht geschah. Sie suggerierten den Stadtverordneten entgegen dem

geltenden Recht, daß hier die Eilbedürftigkeitsklausel anzuwenden sei.

Die erneute Arroganz gegenüber einer kleinen ungeliebten Fraktion ist nur die eine Seite. Da hier offensichtlich gegen geltendes Kommunalrecht verstoßen wurde, sind sämtliche Beschlüsse, die im April vom Hauptausschuß oder der StVV gefaßt wurden oder noch werden, rechtlich anfechtbar.

Niemand kann wissen, wie sich die Dinge entwickelt hätten, wenn die Ausschüsse im April entsprechend des gestellten Antrages in einer anderen Zusammensetzung getagt hätten. Und niemand kann wissen, ob sich jemand der Betroffenen eines der Beschlüsse vielleicht zu einer Anfechtung aufrafft.

Die Stadtverordneten, die am 26. Mai neu gewählt werden, müssen im schlimmsten Fall über alle April-Beschlüsse noch einmal abstimmen, was unter Einhaltung der Formalien wahrscheinlich frühestens im September geschehen kann.

GERD MARKMANN

Bemerkung: Die betroffene Fraktion hat inzwischen die Abwahl des StVV-Vorsitzenden Volker Passoke beantragt, worüber die Stadtverordneten am 29. April zu befinden haben. Der Vorsitzende hält in einer Stellungnahme daran fest, daß er die Eilbedürftigkeitsklausel zurecht angewendet hat.

Autofahr-Überwachung

Weg frei für Bilderfassung und Datenabgleich

Mit knapper Mehrheit wurde das Autofahr-Überwachungs-Gesetz am 14. März im Bundestag beschlossen. 249 Abgeordnete stimmten dafür, 198 stimmten dagegen. Das Ergebnis war so knapp, daß die Stimmen per Hammelsprung ausgezählt wurden.

Das Gesetz tritt in den nächsten Wochen in Kraft. Ab dann dürfen Kommunen Dieselfahrverbote und andere abgasbezogene Verkehrsregelungen mit mobilen Kameras überwachen, die Bilder von Fahrenden und Fahrzeug aufnehmen und einen automatischen Datenabgleich des Kennzeichens durchführen.

Wir bleiben dran – auch am Thema überwachungsfree Mobilität. Aktuell finden wir heraus, ob es machbare juristische Optionen gegen das Autofahr-Überwachungs-Gesetz gibt.

Monatelang haben wir öffentlich und im direkten Kontakt mit Bundestagsabgeordneten unsere Kritik geäußert: Wir sind der Meinung, daß Menschen das Recht haben, am Straßenverkehr teilzunehmen, ohne anlaßlos erfaßt zu werden. Darum darf aus unserer Sicht der Überwachungsdruck gegen die Bevölkerung

nicht ständig erhöht werden. Nach 30 Jahren Grundrechtsarbeit wissen wir: Überwachung wird stets erweitert, aber so gut wie nie zurückgebaut.

Unsere Einschätzung ist, daß mit etwas mehr öffentlichem Druck ein anderes Ergebnis möglich gewesen wäre, aber wir waren die einzigen, die laut geworden sind. Dennoch war die Kritik am Gesetz erfolgreich, weil das Gesetz immerhin minimal entschärft wurde. Beispielsweise ist Überwachung nur »stichprobenartig« zulässig. Uns genügt das natürlich nicht, denn das Problem bleibt: die anlaßlose Überwachung. Bezeichnend für den gefundenen Kompromiß ist, daß das Reizwort »Überwachung« aus dem Entwurf gestrichen und durch »Überprüfung der Einhaltung« ersetzt wurde.

FRIEDEMANN EBELT, Digitalcourage e.V.

Landtag Brandenburg: Künftig Einwohnerfragen

Potsdam (bbp). Péter Vida (BVB/Freie Wähler) hat im Landtag einen Antrag auf Einführung von Einwohnerfragestunden gestellt. Aufgrund der guten Erfahrungen in den Kommunen solle Brandenburg das erste Bundesland werden, das auch im Landtag Einwohnerfragestunden einführt. Damit könne die Arbeit der Landesgremien den Bürgern nähergebracht und mehr Partizipation ermöglicht werden.

Der Antrag des Barnimer Landtagsabgeordneten sieht vor, eine 60-minütige Fragestunde bei jeder zweiten Landtagssitzung durchzuführen. Um Mißbrauch vorzubeugen, sollen die Fragen zehn Tage vorher eingereicht werden. Sie können an die Landesregierung und die Landtagspräsidentin gerichtet werden.

Es wäre ein positives Zeichen offener und transparenter Parlamentsarbeit, in dieser Frage deutschlandweit Vorreiter zu sein, so Vida.

Die Schnaps App

Wenn ich mit Bruno mal am Stammtisch stehe, reden wir über Eberswalder Neuigkeiten, so auch am vergangenen Sonnabend. Anlaß war die Pressemitteilung der HNE Eberswalde vom 08.04.2019 zum Thema »Bequemlichkeit und Sicherheit vor Umweltschutz«.

In dieser Studie wird festgestellt, daß man bei Reisen auf das auf Papier gedruckte Ticket (Fahrschein) verzichten soll, und stattdessen ein Handy nutzen sollte. Es wird in der Pressemitteilung auch gesagt, daß sich der eingesparte Papierberg schätzen läßt. Besser wäre es, wenn die eingesparte Papiermenge angegeben worden wäre und man ausgerechnet hätte, wie viele Werbezeitungen für Eberswalde oder wie viele Reisekataloge damit hätten gedruckt werden können.

Aber genau diese Pressemitteilung läßt nun Überlegungen zu, Bieretiketten oder die Etiketten von Schnapsflaschen möglicherweise einzusparen und durch Digitalisierung zu ersetzen. Das hätte zudem den Vorteil, Brunos Bieretikettensammlung wäre dann endlich abgeschlossen. Etiketten für einmalige Bierkreationen wären dann keine Sammlerstücke mehr, sondern könnten auf dem Handy gespeichert werden. Diese könnten täglich wechseln, und man könnte seine Sammlung platzsparend auf dem Handy unterbringen.

Bei der Schnapsflasche könnte man ebenfalls zwecks Umweltschutzes das Etikett sparen, und auf dem Handy die Informationen über Volumenprozent, Hersteller, Geschmack, usw. unterbringen. Es wäre dann möglich, über einen aktiven Chip noch den Füllstand der Flasche und die Leergeschwindigkeit zu erfassen. Die Digitalisierung garantiert dann auch noch die unkomplizierte Nachbestellung, falls die Flasche leer ist, natürlich mit entsprechender Online-Abbuchung vom Konto.

Das Alles ist umweltschonend. Es könnte zusätzlich über das Handy nach erfolgter Abbuchung vom eigenen Konto ein Zugangscode zum Öffnen der Schnapsflasche gesendet werden, um sicherzustellen, daß kein Unbefugter die Flasche öffnet. Ich konnte Bruno überzeugen – die Sicherheit ist gegeben, der Umweltschutz schreiet voran.

Aber Bruno fragte dann noch, was passiert, wenn plötzlich die geöffnete Schnapsflasche umkippt und die wertvolle Flüssigkeit ausläuft, und dann gar noch sein Arbeitgeber davon erfährt, daß die von ihm gekaufte Schnapsflasche in so kurzer Zeit geleert wurde. Bruno fragte weiter, wenn er nun bei Stromausfall ein Schlückchen mit seiner LAP* genießen will und das Handy nun den Zugangscode zum Öffnen der Flasche nicht senden kann?

Ich konnte ihn trösten, auf solche im Alltagsleben vorkommende Situationen hat selbst die HNEE in ihrer Studie keine Antwort. Also trinken wir erst einmal einen, zum Appgewöhnen.

Dr. ULRICH POFAHL

Vier Spiegelstriche

Antwort eines syrischen Flüchtlings auf seinen BAMF-Bescheid

Nein, ich bedanke mich nicht, ich bedanke mich nicht für Ihren Bescheid mit den vier Spiegelstrichen, in denen mir in dürren Worten mitgeteilt wird, daß mein Antrag als unzulässig abgelehnt und da Abschiebungsverbot nicht vorliegen, die Abschiebung angeordnet wird und ein sechsmonatiges Einreise- und Aufenthaltsverbot ab dem Tag der Abschiebung für mich gilt.

Nein, ich bedanke mich nicht, obwohl ich die freundlich verlogene Formel kenne, mit der jede Antwort auf ein behördliches Schreiben eingeleitet werden soll.

Nein, ich bedanke mich nicht, ich will ehrlich sein und bei der Wahrheit bleiben, ich will Ihnen sagen, wie es mir nach der Lektüre Ihres Schreibens geht, das ich mit zitternden Händen geöffnet habe, weil die Angst mich befahl, die Angst, daß mein Antrag abgelehnt werden könnte und ich die relative Sicherheit, in der ich hier leben konnte, wieder verlieren könnte. Ich bin maßlos enttäuscht, ich bin verzweifelt und wütend.

Vier Spiegelstriche machen all meine Hoffnung zunichte, meine Hoffnung auf ein neues Leben in Sicherheit und in der Geborgenheit meiner Familie.

Ihre vier Spiegelstriche sagen mir, daß alles vergeblich war, die Überwindung der vielen Gefahren, die auf meinem langen Weg zu bestehen waren, die Mühen, die Schmerzen, die ich in den vergangenen sechs Jahren erdulden mußte. Nein, dafür bedanke ich mich nicht.

Ich habe es satt, das Warten-Müssen, das Warten auf einen Termin, auf eine Anhörung, auf die Verlängerung meiner Duldung, einen gesicherten Aufenthalt, auf einen Stempel auf einem Papier, dessen Sinn ich nicht verstehe und den mir auch niemand erklären kann.

Nein, ich bedanke mich nicht dafür, daß ihr mir mitteilt, daß euch die Gründe meiner Flucht und meine sechsjährige Fluchtgeschichte nicht interessieren, weil ihr nicht zuständig seid, weil ihr in eure Verordnungen schaut und nicht in mein Gesicht. Weil ihr in euren Verordnungen

und Gesetzen nur nach einer Handhabe sucht, um mich möglichst rasch wieder loszuwerden, das Aktenzeichen, das ich bin, zu erledigen und ablegen zu können. Hilfe ist von euch nicht zu erwarten, obwohl eure Präambeln etwas anderes versprechen.

Nein, ich bedanke mich nicht dafür, daß ihr mir sagt, ihr seid nicht zuständig, und weil ihr nicht zuständig seid, könnt ihr mir auch keinen Aufenthalt gewähren, und weil ich keinen Aufenthalt habe, bin ich ausreisepflichtig, und wenn ich dieser Pflicht nicht nachkomme, dann werdet ihr mich abschieben, wenn es sein muß, mit Gewalt, ja, mit unverhohlener Gewalt.

Für diese Drohung bedanke ich mich nicht. Ich weiß, daß wir nicht willkommen sind auf diesem Kontinent, in diesem Land, an diesem Ort. Ich weiß, daß ihr euch ängstigt vor uns, den Fremden, die wir gekommen sind mit leeren Händen, aber einem Herz voller Hoffnung.

Wir sind nicht erwünscht mit unserem beschädigten Leben, wir, die geflohen sind vor Gewalt und Krieg, vor Hunger und Elend, wir, die wir alles verloren haben auf unserer langjährigen Flucht, wir, die wir immer wieder Opfer waren von Ausbeutung und Vertreibung auf unserem langen, beschwerlichen Weg zu euch.

Die Schlepper, die uns illegal über die vielen Grenzen führten, die uns mit gefälschten Pässen versorgten und mit Passagen über das Meer, sie nahmen unser Geld, zwangen uns, den Hochzeitsschmuck unserer Frauen oder Mütter zu verhöckern, sie nahmen, was sie kriegen konnten, nutzten schamlos unsere Notlage aus. Ihr nennt sie kriminell.

Ihr aber nehmt uns noch das Letzte, das uns aufrechterhält, die Hoffnung auf einen Neuanfang, auf ein besseres Leben in Frieden und Sicherheit.

Das macht ihr mit vier Spiegelstrichen in eurer dürren Sprache, mehr braucht es dazu nicht.

Nur vier Spiegelstriche.

Nein, dafür bedanken wir uns nicht.

Niemals.

HARTMUT LINDNER

Ein Geldsack auf zwei Beinen

Warum geht mir das nicht mehr aus dem Kopf? Ich schaltete den Fernseher an und sah zwei junge Frauen mit einem kleinen etwa 4jährigen Jungen. Er wird gefragt, was er sich wünsche. Die Antwort kommt wie aus einer Pistole geschossen, laut und kräftig:

Eine Geldkarte!

Die beiden Frauen, wahrscheinlich Mutter und Tante, haben darüber herzlich gelacht. Sie schienen stolz zu sein. So ist das eben, wenn es heißt: Geld regiert die Welt!

Ich hätte heulen können. Denn ich sah den kleinen Jungen schon in Gedanken als prall-

vollen Geldsack auf zwei Beinen. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit, daß das Kind zum Geldsack wird, eher gering. Damit einer zum Geldsack wird, müssen tausend andere arm bleiben.

Damit das Prinzip funktioniert, daß einer reich wird auf Kosten von tausend anderen, müssen möglichst viele daran glauben, daß sie tatsächlich selber zu Geldsäcken werden können und dazu gebracht werden, dieses Ziel ohne Rücksicht auf ihre Mitmenschen zu verfolgen.

Wehret den Anfängen, rät die rote Oma.

ELISABETH MONSIG



Terror in der Heimatstraße

Am Morgen des 23. April versammelten sich mehrere Menschen in der Eberswalder Heimatstraße, um gegen eine Zwangsäumung zu protestieren und sich mit den Betroffenen solidarisch zu zeigen. Bei dieser Zwangsvollstreckung wurden drei Personen aus ihren Wohnungen, die zum Teil mehr 35 Jahre ihr Zuhause waren, geräumt.

Gegen 9.30 Uhr befestigten die 15 Aktivistinnen und Aktivisten Transparente mit den Beschriftungen »Wohnen ist ein Menschenrecht« und »Die Heimatstraße ist unsere Heimat – solidarisch gegen Zwangsäumung« am Vorgarten des Hauses.

Rund 15 Minuten später – eine Viertelstunde vor dem eigentlichen Räumungstermin – verschaffte sich die in der Zwischenzeit eingetroffene Polizei gewaltsam Zugang zum Haus. Dabei gingen die Einsatzkräfte äußerst rabiat gegen die sich vor dem Haus befindenden Personen vor. Waren anfänglich, bei dieser ohnehin schon bedrohlichen Kulisse, noch leicht ausgerüstete Bereitschaftspolizistinnen beteiligt, wurden diese schnell von behelmt und vermmumten Beamten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) abgelöst.

Diese besonders für gewalttätige Störer bei Fußballspielen und Demonstrationen ausgebil-

Auf Kosten der Gesellschaft

Die Zwangsäumung dürfte für die Staatsmacht eine ziemlich teure Angelegenheit gewesen sein. Gut 50 Polizisten, darunter der Leiter der Polizeiinspektion Barnim Polizeiobererrat Jens Starigk waren im Einsatz, wofür wenigstens 8000 Euro an Gehältern zu verbuchen sein dürften. Hinzu kamen diverse Materialkosten, so daß die Polizeikosten wohl durchaus auf 10.000 Euro geschätzt werden können.

Auch das Eberswalder Ordnungsamt war mit zwei Mitarbeitern, darunter dem Amtsleiter Uwe Birk, vertreten. Tätig waren desweiteren ein Gerichtsvollzieher, eine Mitarbeiterin des sozial-psychiatrischen Dienstes sowie ein Notarzt nebst Rettungshelfer.

Die Gesamtkosten lagen wohl nicht allzuweit vom Verkaufspreis entfernt, der 2014 bei etwa 20.000 Euro lag. Allerdings als gesellschaftliche Kosten, getragen nicht vom Verursacher, dem künftiger Profit gesichert wird, sondern von der Allgemeinheit.

Unklar ist bislang, wer den überdimensionierten Polizeieinsatz angeordnet hat und mit welcher Begründung dies geschah. G.M.

deten Polizisten machten mit ihrem martialischem Auftreten aus der friedlichen Protest- und Solidaritätsaktion ein äußerst brutales Spektakel auf Kosten der ohnehin schon physisch und psychisch angeschlagenen Bewohner des Hauses. Wir als Initiative sind bestürzt über solch ein gewaltvolles Vorgehen, das sich schon als psychische Gewalt mit der Ankündigung der Räumung manifestierte. Wir sind beschämt als Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt über solch schmerzliche und unsoziale Szenen. Unsere Solidarität und Anteilnahme ist bei den betroffenen Personen.

Für ein solidarisches Eberswalde!

Initiative »RECHT AUF STADT«



Mit Gewalt wird Kornelia Herpel aus ihrem Haus gezerrt. Kurz danach muß der Notarzt gerufen werden. Ihr Mann war zuvor schon nicht mehr zu ihr hereingelassen worden.



Bis zu sechs schwerbewaffnete und behelmtete Polizisten werden aufgeboten, um eine junge Frau, die keinerlei Widerstand leistet, in Schach zu halten.

Hintergrund:

2014 bot die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungs- GmbH (WHG) das Haus in der Heimatstraße 15 zum Verkauf an. Anfänglich noch für einen Verkaufspreis von 35.000 Euro, bot sie schon innerhalb weniger Wochen die Immobilie für nur noch 20.000 Euro an. Damals schrieb die WHG in ihrem Inserat unter Objektbeschreibung: »Es besteht hoher Sanierungsbedarf« und darunter unter Sonstiges: »Der Ankauf des Grundstückes ist gebunden an eine Sanierungsverpflichtung innerhalb von 3 Jahren und an eine Wiederkaufsklausel innerhalb von 10 Jahren (Spekulationsklausel)«. Trotz der Klauseln stellen Haus und Grundstück ein Schnäppchen dar. Allein der Grundstückswert ohne Bebauung beträgt nach aktuellem Bodenrichtwert gut 30.000 Euro. Und immerhin erbrachte das Haus trotz Niedrigmiete einen Ertrag von 14 Prozent auf den Kaufpreis. Der neue Eigentümer ANDREAS BLÄSING betreibt in der Heimatstraße ein Baugeschäft und kennt sich aus mit Schnäppchen. Wie es heißt, gehören ihm bereits die Nachbargrundstücke, auf denen noch zum Jahrtausendwechsel ähnliche Arbeiterhäuser von Ende des 19. Jahrhunderts standen. In Summe dürften es mindestens 4000 Quadratmeter Bauland sein, mit dem ein Bauunternehmer gewiß etwas anfangen kann. Nachdem nun auch das Eckgrundstück zum Besitz gehört, steht einer Neuaufteilung in einzelne Baugrundstücke kein Hindernis mehr im Wege.

Als hinderlich für eine solche oder ähnliche Perspektive mußten freilich die Sanierungs- und die Spekulationsklausel erscheinen. Erstere ist nun zusammen mit den Mietern aus dem Weg geräumt, mittels Zwangsäumung. Die Spekulationsklausel verbietet den Weiterverkauf bis 2024, was sich als eine überschaubare Frist darstellt. Die Planung für solche Baugelände dauern ohnehin ihre Zeit.

Nach dem Eigentümerwechsel sicherte der neue Vermieter den Bewohnern und der Bewohnerin des Hauses zu, daß diese wie gehabt dort wohnen bleiben könnten. Später behauptete Bläsing, nichts vom schlechten Zustand des Hauses gewußt zu haben – trotz des niedrigen Kaufpreises und obwohl er als Bauunternehmer doch vom Fach sein mußte.

Statt seinen Sanierungspflichten nachzukommen, wurden der Bewohnerin und den Bewohnern 2016 die Mietverträge fristlos gekündigt. Diese widersprachen und bekamen letztlich Recht. Währenddessen begannen Beauftragte des Vermieters schon mit dem Abriß eines Schuppens auf dem Hinterhof.

2017 wurde der Vermieter zum Kläger, um die Entmietung rechtlich durchzusetzen. Damals entschied das Gericht für die Mieter. Dort hieß es zur Urteilsbegründung: »Der Kläger ist nicht zur Kündigung unter dem Gesichtspunkt der Verwertungskündigung berechtigt. Denn der katastrophale Zustand des Gebäudes ist darauf zurückzuführen, daß seit Jahrzehnten keinerlei Instandhaltungsmaßnahmen seitens des Vermieters getätigt wurden. Der Kläger ist gemäß § 566 BGB als Erwerber in die Pflichten des Vermieters eingetreten. Mithin hat sich der Kläger das Unterlassen der vorherigen Vermieter zuschreiben zu lassen und insoweit zu vertreten. Der Kläger ist auch nicht zur wirtschaftlichen Verwertung auf einen Abriß und Neubau des

(Fortsetzung Seite 8)

(Fortsetzung von Seite 7)

Gebäudes angewiesen. Nach eigenen Angaben hat er den Komplex für ca. 20.000,00 Euro erworben. Der von dem Kläger erzielte Jahresmietzins beträgt ca. 3.000,00 Euro. Damit beträgt der Kaufpreis weniger als das 7-fache des Jahresmietzinses. Üblich ist inzwischen ein Kaufpreis zwischen dem 13- und 14-fachen des zu erzielenden Jahresmietzinses.«

Ende 2017 ging der Vermieter in Berufung und noch am Verhandlungstag stimmten die Anwälte beider Parteien einem Vergleich zu, trotz des deutlichen Widerspruchs der Betroffenen. Laut Verhandlungsprotokoll sagte Lutz Herpel »Ich möchte keinen Vergleich schließen, weil der Vermieter seine Pflichten verletzt hat. Er hat sie grob verletzt«.

Von seinem Rechtsanwalt Volker Passoke, der die Mieter vor Gericht vertrat, fand Lutz Herpel hierfür wenig Unterstützung, so daß er am Ende der Verhandlungen erklärte: »Ich stimme diesem Vergleich nur deswegen zu, weil ich keine andere Möglichkeit sehe. Er erklärt, sonst zu befürchten, Nachteile zu erleiden.« Über die Zustimmung oder Ablehnung der anderen beiden Mieter Kornelia Herpel und Wilfried Schneider finden sich im Verhandlungsprotokoll keine Informationen.

Inhalt des Vergleichs war die Räumung der Wohnungen bis zum 31.12.2018 und die Auszahlung von jeweils 3.000 Euro bzw. 4.000 Euro an die Beklagten bei Abschluß eines neuen Mietvertrages für eine neue Wohnung. Andreas Bläsing verpflichtete sich, »das Dach des Gebäudes unverzüglich in einen Zustand zu versetzen, der weitere Durchfeuchtungen größeren Umfangs ausschließt«.

Dem kam der Vermieter nicht nach. Er unternahm nichts gegen den weiteren Verfall des Hauses. Durch den Vergleich fühlten sich die Mieter über den Tisch gezogen. Die angebotenen Ausweichwohnungen entsprachen weder vom Mietpreis noch von den sonstigen Bedingungen her den Bedürfnissen und Wünschen der Mieter. Letztendlich zogen sie zu dem im Vergleich genannten Termin nicht aus.

Ungeachtet dessen gilt der Vergleich als geschlossen und dem Eigentümer Andreas Bläsing stand das Recht auf Zwangsäumung zu, was dieser rigoros nutzte.

Angesichts dieser ungleichen Situation solidarisierte sich die Initiative »Recht auf Stadt« mit den Betroffenen. Zunächst hatte die Links-Jugend solid eine Demonstration gegen die Zwangsäumung am 23. April angemeldet – dann aber wieder abgemeldet. Ob dies damit zusammenhängt, daß der einstige Rechtsanwalt der Mieter der Linkspartei angehört, ist nicht bekannt. Die Initiative »Recht auf Stadt« meldete die Demo ein zweites Mal an.

Die Initiative resümiert: »Wir als Gruppe Recht auf Stadt – Für ein solidarisches Eberswalde! positionieren uns hier und generell auf Seiten der von Zwangsäumung Betroffenen. Wir stellen uns gegen eine Praxis der Profitorientierung, solange dabei Menschen, die wenig oder nichts besitzen, auf der Strecke bleiben. Auch wenn die Personen auf Grundlage des Gesetzes geräumt wurden, sehen wir es als notwendig an, auf dieses ungleiche Kräfteverhältnis hinzuweisen.«

Der oder das Unaussprechliche

In der Heimatstraße 15 steht noch das Haus, das zu den ältesten in Kupferhammer gehört. Kürzlich diente es noch drei Menschen als Wohnraum. Bis zum 23. April 2019...

Den Namen des Mannes, der für sich beanspruchen will, anonym zu bleiben, trägt mittlerweile im Volksmund das ganze Viertel. Viele geliebene sowie ehemalige Einwohner Kupferhammers haben ihre Erfahrungen gemacht. Mit der Zerschlagung des Eberswalder VEB Gebäudewirtschaft und den folgenden Grundstücksveräußerungen ergab sich für manchen, aber längst nicht für die meisten, eine Gelegenheit zum Privaterwerb. Hierbei kann dem gewissen Herrn schon einiges Geschick beim allmählichen und wohl auch systematischen Erwerb ganzer Straßenzüge bezeugt werden.

Mittlerweile soll man sich daran gewöhnt haben, daß gängige Wirtschaftlichkeitsansprüche ins Feld geführt werden. Doch sobald Menschen diesen fremden Ansprüchen unterliegen – man kann es kaum anders ausdrücken – haben sie einen Kampf verloren.

LUTZ und KORNELIA HERPEL sowie WILFRIED SCHNEIDER hatten keine Mietschulden, haben sich nichts zuschulden kommen lassen – sieht man mal davon ab, daß sie bei der Verkaufsoption ihren Hut nicht so wirksam in den Ring geworfen hatten wie ihr späterer Vermieter. Lutz Herpel zog bereits in der zweiten Hälfte der Siebziger Jahre in das Haus. Wenn man ihn und seine Frau in ihrer Wohnung besuchte, konnte man überrascht sein über den Reichtum an nützlichen Gebrauchsgegenständen, die sorgfältig und – im Zweifelsfall einwandfrei im fabelhaften Gedächtnis von Kornelia Herpel katalogisiert sind. Vor dem Haus stehen jahrzehntealte Rosensträucher, und auch die Birnen- und Apfelbäume sind alte Sorten, die allesamt von den drei Bewohnern des Hauses gut zu nutzen gewußt wurden. Das Haus selbst ist in den letzten Jahrzehnten des neunzehnten Jahrhunderts für die Arbeiter der Eisenbahn im Rahmen starker Industrieansiedlungen und deren Erweiterungen gebaut worden. Drinnen die Treppen und das Geländer sind ganz aus Holz, der Boden mit altem, echtem, bis in die heutigen Tage gut gepflegtem Linoleum belegt; in den Wohnungen brodelten in der kalten Zeit noch die Öfen, selbst zum Baden wurd noch der Badeofen angeschmissen, vorwiegend mit Holz beheizt. Alles in allem kann man finden: ein Kleinod!

Als die WHG dies zum Verkauf stellte, machten die Bewohner ihr Vorkaufsrecht geltend. Aber letztendlich reichte das Geld nicht. Das Haus, das noch am 1. Juli 2014 für 35.000 Euro im Inserat der WHG angeboten wurde, hatte auf spektakuläre Weise innerhalb von zwei Wochen fast seinen halben Wert eingebüßt. Immerhin wurde der Verkauf an eine Bedingung geknüpft: Bis Ende 2017 sollte der neue Eigentümer, der Wert auf seine Privatsphäre legt, das Haus sanieren, so daß eine weitere Nutzung ermöglicht wird. Mündlich sichert er den Bewohnern im Jahr 2015 noch zu,

daß sie weiterhin dort wohnen können. Doch schon im Frühjahr 2016 flatterte bei den Herpels wie aus heiterem Himmel eine fristlose Kündigung ins Haus. Darin präsentierte der Vermieter plötzlich ein Gutachten, welches eine Einsturzgefahr des Wohnhauses beschreibt und ihm somit nicht nur ermöglichen soll, die Kaufauflagen zu umgehen, sondern sogar durch Abriß und Neubau eine Grundstückswertsteigerung und Gewinnoptimierung zu erzielen. Völlig unverhohlen argumentiert der Mann, der angeblich ohne Gewinnabsichten Häuser besitzt und kauft, vor der ersten gerichtlichen Instanz – die er verliert – genauso.

Freunde der Familie Herpel haben miterlebt, wie der Herr Eigentümer schon 2016 veranlaßte, Obstbäume im Garten der Bewohner zu fällen, Schuppen einzureißen und deren darin gelagerten Hausrat zu räumen – obwohl eine gerichtliche Eilverfügung vorlag, genau dies nicht zu tun! Seine beauftragten Baujungs hatten das Torschloß zum Hof zerschnitten und waren sehr flink bei ihren Abräumarbeiten; die alarmierte Polizei kam zweimal zu spät.

Schließlich wollte der Eigentümer seine mißliebigen Bewohner von »seinem« Grundstück, aus »seinem« Haus nur noch weghaben – und klagte. Und verlor in erster Instanz. Der unterlegene Kläger fragte den Richter noch, wer denn verantwortlich wäre, wenn es zu Einstürzen am Gebäude käme. Und nur eine Woche später, an einem Sonntagmorgen Anfang April 2017, brach (natürlich rein zufällig) ein Stück des Dachgesimses des bezeichneten Hauses ab. Aufgrund mangelhafter oder gar nicht durchgeführter Abdichtungsarbeiten seitens des Vermieters ist das Dach seitdem stark undicht und versetzt das Haus in einen noch viel sanierungswürdigeren Zustand...

Nach juristischem Gezerre und auch Getrickse hat nun der Hauseigentümer tatsächlich einen Räumungstitel erwirkt. Der große Mann des Viertels triumphiert. Nun besteht die Gefahr, daß unsere Stadt demnächst wieder um ein altes Haus, einen Teil ihres Charakters und Innenlebens, ärmer wird.

Kornelia und Lutz Herpel und Wilfried Schneider wurden aus ihrem angestammten, vertrauten Lebensumfeld gerissen. Vieles vom persönlichen Besitz konnte nicht in Sicherheit gebracht werden. Die Staatsmacht trat mit martialischer Macht auf und setzte den Willen des Hauseigentümers um und die Bewohner buchstäblich auf die Straße. Ungeachtet des lebensbedrohlichen Gesundheitszustands von Kornelia Herpel. Psychische Belastungen sind pures Gift für die schwer herzkrankte Frau. Wir mußten den Notarzt rufen. Trotzdem wurde die Räumung höchstbeflissen und höchsteilig durchgezogen. Das ist an Skandalösität nicht mehr zu überbieten.

JENS WÜRZBURG



Gemeinsam gegen Mietenwahnsinn

Eberswalde (bbp). Für den 6. April hatte die offene Gruppe Recht auf Stadt Eberswalde zu einer Demonstration unter dem Motto »Gemeinsam gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn« aufgerufen.

Die Aufrufer forderten eine »solidarische Stadt, die kein Geschäftsmodell ist, sondern Lebensraum für Alle – unabhängig z.B. von Herkunft, Sprache, Alter, Behinderung oder Einkommen, in der Wohnen nicht dem Profit dient und in der Wohnraum im Sinne der Allgemeinheit bewirtschaftet wird«

Ein radikaler Kurswechsel in der Wohnungs- und Mietenpolitik sei notwendig, damit Eberswalde nicht zum Spekulationsobjekt für Wohnrum wird.

Gedanken zur Mietendiskussion

Die stadteigene Wohnungs- und Hausverwaltung (WHG) ist als Besitzer und Vermieter von 5.800 Wohnungen mit Abstand Marktführer in Eberswalde. Sie erzielte in den Jahren 2017 und 2018 rund vier Millionen Euro Gewinn, das sind durchschnittlich pro Wohnung 700 Euro. Somit bestehen die wirtschaftlichen Voraussetzungen, ohne Gefährdung der Rentabilität dieses Kommunalbetriebes, folgende Maßnahmen durchzuführen:

- Mindestens in den nächsten drei Jahren wird auf eine Vergleichsmieterhöhung verzichtet,
- Bei Neuvermietung ist dann auf eine Mieterhöhung zu verzichten, wenn keine Modernisierungsmaßnahmen durchgeführt wurden.
- Bei Modernisierungsmaßnahmen sind maximal 4 % an Stelle der möglichen 8 % der Kosten auf die Miete umzulegen.
- Voraussetzung dafür wäre der politische Wille und die Schaffung von Rahmenbedingungen für die WHG durch Stadtverwaltung und Stadtverordnetenversammlung.

Die Wohnungsbaugenossenschaft als zweitgrößter Vermieter mit 3.000 Wohnungen sollte sich nicht zuletzt im Interesse ihrer Mitglieder im Grundsatz diesen Maßnahmen anschließen. Die kleineren Vermieter des Vereins von Haus und Grund verfügen zusammen über etwa 1.200 Wohnungen. Das sind nur etwa 6 % des Wohnungsbestandes in Eberswalde und sollten kritisch über den Mietenspiegel kontrolliert werden.

In den 70er Jahren wurden von dem Schweinezucht- und -Mastkombinat, dem Schlacht- und Verarbeitungskombinat und dem Walzwerk drei große Ledigenwohnheime mit insgesamt rund tausend Plätzen in Eberswalde errichtet. Diese modernen Blöcke wurden nach der Wende zunächst von verschiedenen Behörden genutzt und stehen nun seit fast zwanzig Jahren leer, sind verkommen und ein Schandfleck für Eberswalde. Wie lange soll dieser untragbare Zustand noch anhalten?

Dr. HELMUT KOCH

Explodierende Mieten fressen Lohnerhöhungen

ver.di unterstützt Kampf gegen Immobilienspekulanten

Die Gewerkschaft ver.di unterstützt die Forderungen der Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« nach einer Rekommunalisierung privater Wohnungsbestände in Berlin. Die Gewerkschaft versteht dabei die Forderung nach Rekommunalisierung als Teil einer »wohnungsbaupolitischen Offensive«, so Frank Wolf, Landesbezirksleiter von ver.di Berlin-Brandenburg. Dazu gehöre auch, den Senat aufzufordern, den Bau von Sozialwohnungen zu forcieren.

Angesichts explodierender Mieten und anhaltender Spekulationen mit Immobilien sieht sich ver.di auch als Anwalt von Rentnern, Studierenden und sozial Benachteiligten, deren Lebensqualität verschlechtert wird, weil sich viele Wohnungen nicht mehr leisten können und aus der Innenstadt verdrängt werden. Gewerkschaften hätten ein elementares Inter-

esse daran, daß Lohnerhöhungen nicht durch exorbitant steigende Mieten aufgeessen werden: Löhne könnten Mietsteigerungen und hohe Lebenshaltungskosten nicht mehr kompensieren, wenn Mieten 50 % des Einkommens verschlingen.

Ein regulierter Wohnungsmarkt gehöre zu den ureigensten Interessen gewerkschaftlicher Politik, so der ver.di-Landesbezirksleiter. Die Wiedereingliederung von privatem Wohneigentum in Landeseigentum sei ein wichtiger Schritt dahin, um Mieten zu deckeln und damit auch ein Stück Lebensqualität zu sichern. Die Berliner Verfassung lege mit Art. 24 und 28 den Grundstein für eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Im Grundgesetz sei die Vergesellschaftung gesetzlich geregelt.

Dr. ANDREAS SPLANEMANN

Von 0,5 % auf »moderat«

Mietpreissteigerungen bei der WHG – Gewinne klettern auf 350 %

Die jährlichen Geschäftsberichte der städtischen Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH (WHG) beinhalten regelmäßig auch einen Ausblick in die Zukunft, einschließlich der kalkulierten jährlichen Mieterhöhungen. Nachfolgend eine Auswahl:

2012: »Die Gesellschaft orientiert im Plan 2013 - 2022 auf Jahresergebnisse zwischen TEUR 443,4 und TEUR 592,0. In den Ergebnissen sind jährliche Mieterhöhungen von durchschnittlich 0,5 % einkalkuliert.« Hier unterschrieb noch der ehemalige Geschäftsführer Thomas Köchig.

2013: »Die Gesellschaft orientiert im aktualisierten Plan 2014 - 2023 auf Jahresergebnisse zwischen TEUR 300,0 und TEUR 800,0. In den Ergebnissen sind jährliche Mieterhöhungen von durchschnittlich 1,0 % einkalkuliert.« Diesen Jahresabschluss hatte bereits der jetzige Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam unterzeichnet.

2014: »Die Gesellschaft orientiert sich im aktualisierten Plan 2015 - 2024 auf Jahresergebnisse zwischen TEUR -435,0 und TEUR 800,0. In den Ergebnissen sind jährliche Mietsteigerungen von durchschnittlich 1,0% einkalkuliert.«

2015: »Die Gesellschaft orientiert sich im aktualisierten Plan 2016 - 2025 auf Jahresergebnisse zwischen TEUR 541,0 und TEUR 1.122,0. In den Ergebnissen sind jährlich moderate Mietsteigerungen einkalkuliert.«

2018: Am Ende des Jahres kosteten die Kaltmieten bei der WHG im Durchschnitt 5,23 Euro pro Quadratmeter (MOZ, 27.03.2019). Ende 2015 waren es 4,89 Euro (Adam, Hans-Jürgen: Studie zur regionalen Wertschöpfung). Das ist eine Steigerung um 7 Prozent in drei Jahren oder 2,27 % pro Jahr – trotz des Mitte 2017 durch den Bürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzenden verfügten Mietpreisstopp.

Gegenüber den Planungen von 2012 multiplizierten sich die jährlichen Mieterhöhungen bei der WHG auf fast das Fünffache. Im gleichen Zeitraum stiegen die Gewinnpläne von rund 0,5 auf 1,738 Millionen Euro (Plan für 2018 laut Beteiligungsbericht), mithin eine Gewinnsteigerung auf rund 350 Prozent.

GERD MARKMANN

Wer kennt sich da aus?

Zuweilen komme ich in schlaflosen Nächten ins Grübeln: Was zeichnet eine »Wertgemeinschaft« aus? Gibt es so etwas? Können Milliardäre und Obdachlose, Wissenschaftler und geldgierige Betrüger, Friedenskämpfer und Kriegstreiber so eine Gemeinschaft bilden? Habe ich etwas gemein mit der Frau von der Leyen, die Deutschland (wieder einmal) militärisch an die Spitze bringen will?

Dann war die Nacht zu Ende. Beim ersten Sonnenstrahl habe ich gewußt: Jede einzelne Friedenskämpferin und jeder einzelne Friedenskämpfer in der Welt ist mehr wert als alles Gold dieser Erde!

Die rote Oma ELISABETH MONSING

Zwangsräumung auf die Straße

In Artikel 47 der Brandenburgischen Landesverfassung heißt es: »Die Räumung einer Wohnung darf nur vollzogen werden, wenn Ersatzwohnraum zur Verfügung steht.«

Seitens der Stadtverwaltung Eberswalde als der für Obdachlose zuständigen Stelle erklärte Ordnungsamtsleiter Uwe Birk, daß Ersatzwohnraum zur Verfügung steht. Die Betroffenen seien mit einem entsprechenden Angebot mehrfach mündlich und schriftlich kontaktiert worden. Auch die wohliche Nähe der bisherigen Hausgemeinschaft sei dabei berücksichtigt worden. Der Gerichtsvollzieher habe Kenntnis davon. Zur Zwangsräumung habe Birk dieses Angebot nunmehr zum fünften Mal wiederholt. Für ihn sei damit die Diskussion beendet.

Der avisierte Ersatzwohnraum wird indes von den Betroffenen abgelehnt. Neben einer allgemeinen Ablehnung des unsanierten Plattenbaus im Brandenburgischen Viertel kommt, daß sich der Wohnraum in der 4. Etage befindet, was der herzkranken Ehefrau nicht zugemutet werden könne.

Die Zwangsräumung erfolgte somit auf die Straße. Die Betroffenen hatten nicht viel mehr dabei als das, was sie auf dem Leib trugen. Aller Hausrat einschließlich des Kühlschranks blieb in den geräumten Wohnungen. Unter Aufsicht des Gerichtsvollziehers wurden die Türschlösser ausgewechselt, so daß die Betroffenen keinen Zugang mehr zu ihrem Eigentum haben. Inzwischen wurden sogar die Fenster im Erdgeschoß unter Verwendung der Innentüren zugemauert.

Der Gerichtsvollzieher erklärte, daß er mit dem Hauseigentümer Andreas Bläsing vereinbart habe, daß die Betroffenen nach Rücksprache mit Bläsing den Zugang zum Haus erhalten, um ihre Sachen abzuholen. Aktuell sind Familie Hertel und Wilfried Schneider erst einmal bei Freunden untergekommen. G.M.

Pendlergeschichten

...ich war auf dem Weg von Schöneweide heimwärts, da stiegen auch Rucksackmänner ein und standen, ca. 6 Stück an der Zahl, davon ein älterer, am Ausstieg kurz vor Eberswalde und unterhielten sich: »Ja, beim RAW, das waren noch Zeiten!« »Die Pendelei geht mir sowas auf den Sack!« »Die könnten doch ein S-Bahn-Werk in Bernau aufmachen!« »Oder gleich in Eberswalde!« »Da könnten sie die S-Bahn bis hierhin fahrenlassen...«

Ansonsten machten alle, wohl Schichtschluß 14 Uhr im Betriebswerk Schöneweide, einen ganz entspannten und zufriedenen Eindruck. 55 min Fahrzeit sind für eine Metropole ganz normal... jg

»ES IST GANZ EINFACH: ENTWEDER WIR ZERSTÖREN DEN KAPITALISMUS, ODER DER KAPITALISMUS ZERSTÖRT UNS.«

JEAN ZIEGLER
(82, Soziologe und UN-Gesandter)

..Eberswalde – schon Speck(ulations)gürtel von Berlin?

Auch in Eberswalde wohnt es sich nicht mehr unbeschwert: Die Mieten steigen. Sanierungen für ein gutverdienendes Klientel verdrängen Menschen aus der Innenstadt. Viele Wohnungen stehen unnötig leer, während bezahlbarer Wohnraum nur schwierig im Viertel der Wahl zu finden ist. Immer mehr Eberswalder Mieter befürchten, sich ihre Wohnung bald nicht mehr leisten zu können. Gleichzeitig werden ganze Wohnblöcke abgerissen.

Wir fordern für Eberswalde:

- * Keine Einzellösungen, sondern sozialverträgliche Mieten für alle
- * Demokratisierung der WHG (z.B. Mitbestimmungsrechte für Mieterinnen und Mieter, Gemeinnützigkeit statt Gewinnorientierung...)
- * Modernisierung mit den und für die Mieterinnen und Mieter, statt Luxussanierungen

* Wohnungsabriß stoppen, Leerstand nutzbar machen

Haben diese Mißstände System?

Wohnen ist Menschenrecht. In dieser Gesellschaft werden jedoch Wohnungen als Waren gehandelt. Ziel ist Profitsteigerung. Schon jetzt müssen viele Menschen einen hohen Teil ihres Einkommens für die Miete aufwenden. Dabei ist die soziale Ungleichheit der Wohn- und Lebensverhältnisse kein Naturgesetz. Sie ist das Ergebnis der Vermarktung unserer Grundbedürfnisse.

Widersetzen wir uns!

Seite an Seite – ob schon betroffen oder noch nicht. Mietenwahn und Verdrängung in Großstädten wie Berlin zeigen uns: Für bezahlbare Mieten müssen wir kämpfen, bevor es zu spät ist! S. Dammie, offene Gruppe Recht auf Stadt Eberswalde & Sympathisanten

Mietpreisbremse abgelehnt

Bernau (bbp). Die Mehrheit der Bernauer Stadtverordneten hat Anfang April gegen den Vorschlag der Bernauer Linksfraktion votiert, der Bernauer Wohnungsgesellschaft WObAU GmbH eine Mietpreisbremse zu verordnen. Die WObAU sollte vier Jahre lang auf Vergleichsmietenerhöhungen verzichten und bei Neuvermietungen die Miethöhe des bisherigen Mietvertrages ansetzen. Außerdem sollte bei Modernisierungen maximal vier statt der möglichen acht Prozent der Modernisierungskosten umgelegt werden.

Die Bernauer Linken ernteten damit einen »Sturm der Entrüstung«, wie es im Bericht der lokalen Tageszeitung heißt. Dieser kam zum einen von der CDU-Fraktion, die mit OTHMAR NICKEL auch den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt, und zum anderen von DIRK WEBLAU (BVB/Free Wähler). Nickel wiederholte den schon vom WHG-Geschäftsführer HANS-JÜRGEN ADAM in anderem Zusammenhang kolpor-

tierten Ur-alt-DDR-Witz vom »Ruinen schaffen ohne Waffen« (vgl. »Zur Wohnungsfrage«, in BBP 1-2/2019), während Weblau auf die Durchschnitts-Kaltmiete von »unter 5,50 Euro je Quadratmeter« und die »moderate« Mietpreisentwicklung verwies. Die Linken-Fraktionsvorsitzende Dr. DAGMAR ENKELMANN stellte dem die jährlichen Gewinne »in siebenstelliger Höhe« entgegen.

Bemerkenswert war der Einwand des früheren Sparkassenvorstands JOSEF KEIL, der für die SPD in der Bernauer Stadtverordnetenversammlung sitzt. Er bezeichnete den Vorschlag als den falschen Weg. Der richtige Weg sei, die WObAU in eine gemeinnützige GmbH umzubilden oder, »noch besser«, sie zu liquidieren und einen Eigenbetrieb zu gründen. Damit übernimmt der Ex-Sparkassenvorstand fast eins zu eins die Forderungen von ALBRECHT TRILLER vom BÜNDNIS FÜR EIN DEMOKRATISCHES EBERSWALDE (vgl. BBP 4/2019).

Wohneigentum in Kuba

Anfang Januar 1959 – vor 60 Jahren – hatte die Revolution in Kuba gesiegt. Die Rebelenarmee zog in Havanna ein. Zu den Problemen, die die Regierung mit FIDEL CASTRO an der Spitze nach ihrem Sieg vorrangig anging, gehörte auch das Wohnungsproblem.

Bei einer Bevölkerung von 6 Millionen lebten dreieinhalb Millionen »in Hütten, Baracken und elenden Löchern, die alles andere als menschenwürdige Wohnungen waren«, sagte Fidel Castro im September 1960 vor der UNO-Vollversammlung. »In den Städten verschlangen die Mieten bis zu einem Drittel des Einkommens einer Familie. Die Mieten und Stromtarife gehören zu den höchsten der Welt.« In Havanna und anderen Städten hatten Spekulanten die Mieten in den letzten Jahren der Batista-Diktatur immer weiter in die Höhe getrieben. Wer die Wucherpreise nicht zahlen konnte, wurde vertrieben.

Nach dem Machtwechsel setzte die neue Regierung zunächst die Einnahmen aus der staatlichen Lotterie für den Bau neuer Wohnungen ein. Neben dem Wohnungsbaupro-

gramm wurde ein Wohnungsreformgesetz verabschiedet. Dessen Grundidee bestand darin, Mieter zu Eigentümern ihrer Wohnung zu machen. »Ein Mieter zahlt 15, 20 und 25 Jahre Miete für seine Wohnung. Es gibt sogar Familien, die schon 30 Jahre zahlen. Damit haben sie den vielfachen Wert ihrer Wohnung gezahlt und sind trotzdem nicht die Eigentümer«, kritisierte Castro. Durch das Gesetz sollten staatlich geförderte Wohnungen künftig schrittweise in das Eigentum der Mieter überführt werden.

Heute sind mehr als 90 Prozent der Bürger Eigentümer ihrer vier Wände. Kuba gehört damit weltweit zu den Ländern mit der höchsten Prozentzahl an Wohnungseigentümern.

Quelle: Volker Hermsdorf: Fidel Castro, PapyRossa Verlag Köln 2018, S. 37 ff.

Gemeinsamer Einsatz für geschützten Landschaftsbestandteil: **Müllsammeln in Moore-Pumpe**

Foto: BSU e.V.



Seit Anfang der 90er Jahre kümmert sich der Bund zum Schutz der Interessen der Jugend e.V. (BSIJ) um das geschützte Niedermoor Moore-Pumpe in Eberswalde. Dabei erhielt der Verein schon immer tatkräftige Unterstützung von vielen jungen Eberswalderinnen und Eberswaldern.

In diesem Jahr bedanken wir uns besonders bei der 7b und 7c der Johann-Wolfgang-von-Goethe-Oberschule Eberswalde. Beide Klassen halfen bei unserem diesjährigen Arbeitseinsatz am 22. März mit ihren Klassenlehrern und den beiden Schulsozialarbeitern Nadin und Sebastian engagiert bei der Beseitigung von Müll und Unrat, der leider immer wieder im Schutzgebiet auftaucht. Für die Schülerinnen und

Schüler war es zum Teil unfaßbar, was sie so alles an illegal entsorgtem Müll fanden. Dank gilt auch dem Bauhof der Stadt Eberswalde, der uns jedes Jahr aufs neue bei unseren Arbeitseinsätzen hilfreich zur Seite steht.

Wir freuen uns, daß wir durch die Unterstützung der Schülerinnen und Schüler den geschützten Landschaftsbestandteil Moore-Pumpe weiter erhalten und gleichzeitig junge Menschen unserer Stadt für den Naturschutz sensibilisieren können.

Wenn sie mehr über unsere Arbeit im Schutzgebiet erfahren wollen, besuchen Sie doch einfach unsere Homepage: www.bsij-ev.de. Wir freuen uns auf Ihren Besuch.

HARDY LUX, BSIJ e.V.

Todesursache Landwirtschaft

Am 17.01.2019 berichtete die ARD-Tageschau, daß rund 50.000 Menschen jährlich vorzeitig in der BRD an den Folgen von Feinstaub in der Landwirtschaft sterben würden, besonders bei der Massentierhaltung. Dies habe das Max-Planck-Institut für Chemie in Mainz errechnet. Wenn man nun noch bedenkt, daß insgesamt jährlich 120.000 Menschen (das sind zufälligerweise genausoviel, wie 2014 in der Landwirtschaft der BRD beschäftigt waren) vorzeitig an den Folgen von Feinstaubemissionen sterben, dann hat die Landwirtschaft daran einen Anteil von 45 %.

Worin besteht nun der Unsinn?

Zunächst: Niemand stirbt an Feinstaub, sondern wohl eher an Erkrankungen aus den Folgen von Feinstaubemissionen, die eventuell mit anderen Ursachen verbunden sind. Das Max-Planck-Institut hat auch gar nicht untersucht, ob Feinstaub Erkrankungen verursacht, sondern setzt das voraus. Bei dieser Studie handelt es sich nicht um die Auswertung von Meßergebnissen, sondern um die Darstellung von angenommenen Computerberechnungen.

Es ist auch schlicht nicht möglich, ein vorzeitiges Ableben irgendwie zu schätzen. Dazu müßte man eine potentielle Lebensdauer für jeden einzelnen Menschen haben, von der die Jahre des eventuellen Frühablebens subtrahiert werden können. So ein individuelles Frühable-

ben kann man nur anhand fiktiver Formeln abschätzen, die man nicht beweisen kann.

Selbst wenn ein Versuch gestartet wird; zwei Gruppen von Menschen – eine Gruppe ist Feinstaub ausgesetzt, die andere nicht, liefert ein solcher Versuch kein Ergebnis bezüglich des Frühablebens. Betrachtet man beispielsweise drei Zwillingspaare, von denen jeweils einer in der belasteten Gruppe lebt, und der andere in der unbelasteten. Beim Paar 1 stirbt der Zwilling der belasteten Gruppe mit 78 Jahren, der in der unbelasteten mit 79 Jahren. Beim Paar 2 sind die Daten 79 Jahre in der belasteten und 80 Jahre in der unbelasteten. Paar 3 stirbt mit 80 bzw. 81 Jahren. Die Zwillinge in der belasteten Gruppe sterben also auch im Durchschnitt ein Jahr früher.

Nimmt man nun an, die Paare 1 und 2 leben jeweils beide 79 und 80 Jahre und bei Paar 3 stirbt der belastete mit 78 Jahren, und der unbelastete mit 81 Jahren, dann bleibt der Durchschnitt in beiden Gruppen gleich. Es gibt dann aber nur einen vorzeitigen Todesfall und nicht drei, wie im ersten Teil berichtet.

Folglich ist nicht zulässig, von der Anzahl der nicht gelebten Jahre auf eine Anzahl von vorzeitigen Todesfällen zu schließen.

Dr. ULRICH POFAHL

(Nach Informationen der Deutschen Statistischen Gesellschaft)

Resilienz

Unser Leben nehmen wir als immer *schneller* wahr. Das Leben ist komplex und mehrdeutig, es ist *unsicherer* und *unberechenbarer* geworden. Seit vielen Jahren gibt es einen dramatischen Anstieg von Streßerkrankungen, immer mehr Menschen leiden an einem *Burnout* (vgl. BBP 3/2019).

Viele Menschen wünschen sich mehr *Widerstandskraft* und *Flexibilität*, um mit den kleinen und vor allem den großen Krisen besser umgehen zu können. Doch wie kommen wir zu dieser Fähigkeit? Die Antwort lautet: durch **Resilienz**. Resilienz steht für psychische Robustheit. Durch Resilienz werden uns Wege aufgezeigt, wie es uns gelingen kann, *angemessener mit Belastungen umzugehen* und dabei psychisch und physisch gesund zu bleiben.

Resiliente Menschen können besser mit Belastungen umgehen, so daß sie nach Phasen der Anspannung wieder in ihre ursprüngliche Form zurückfinden können. Überarbeitete Menschen können sich wieder erholen und gestreßte Menschen wieder Ruhe und Gelassenheit finden. Unser körperliches Immunsystem schützt uns vor körperlichen Krankheiten. Ähnlich *unterstützt* uns die *Resilienz* beim Umgang mit Krisen, Belastungen und Streß. Die Resilienz selbst kann in unterschiedlichen Phasen des Lebens unterschiedlich stark ausgeprägt sein. Menschen, die resilient sind, gehen oftmals gestärkt aus Krisen hervor. Krisen können dazu führen, daß alte Lebensmuster hinterfragt werden und dann eine neue, positive Lebenseinstellung entwickelt wird.

Wovon hängt ab, ob wir mehr oder weniger resilient sind? Wer gerne Probleme löst und eine realistische Sicht auf die Welt hat sowie über gute Kommunikationsfähigkeiten verfügt, der hat schon einen guten Grundstein für Resilienz gelegt. Menschen, die eher akzeptieren können, daß Krisen, Belastungen (Arbeitslosigkeit, Scheidungen, finanzielle Belastungen,...) und Krankheiten zum Leben dazugehören, sind resilienter. Wenn wir uns zutrauen, aufgrund unserer Fähigkeiten und Talente, mit einer neuen Situation gut umgehen zu können, dann haut uns nichts so leicht um. Resiliente Menschen verfügen über ein Gefühl der inneren Stärke und haben ein *angemessenes Selbstbewußtsein*. Sie sammeln Erfahrungen im Umgang mit Problemen, lernen dadurch neue Fertigkeiten hinzu und verändern ihre Lebenseinstellung. Menschen, die schon öfter Krisenerfahrungen gemacht haben, werden im Umgang mit Krisen sicherer und flexibler. Sie trauen sich deshalb auch mehr zu und können besser mit Streß umgehen.

Auch Sie können lernen, resilienter zu werden. Helfen kann Ihnen dabei ein Heilpraktiker für Psychotherapie (nach dem HeilprG), der mit Ihnen Schritt für Schritt gezielte Übungen einübt.

FALK HINNEBERG

(www.hinneberg.info, willkommen@hinneberg.info)

Was ist zu erwarten?

Es wird vermutet, daß Selenskij auch von dem superreichen Oligarchen Kolomojskij gesteuert wird, der von Poroschenko um große Teile »seines Vermögens« gebracht und außer Landes gejagt wurde. Sollte das zutreffen, wird es spannend.

Selenskij hat die Kämpfer im Donbass und auch ihre Unterstützer, gegen die das ukrainische Militär und rechte Milizen im Rahmen der »Antiterror-Operation« mit unmenschlichen Mitteln vorgehen, öffentlich als Abschaum bezeichnet. Wie ihn die Menschen in der Donezker und Lugansker Republik sehen, ist also klar. Sie haben natürlich nicht gewählt. Auch im Ausland war es schwierig zu wählen, in Rußland gab es auf Weisung aus Kiew für Ukrainer gar keine Wahlmöglichkeiten.

Die kühlen Köpfe in der Ukraine und Rußland erwarten von dem russischsprechenden Selenskij, der durch eine erfolgreiche Showkarriere bekannt wurde, als neuen Präsident keinen relevanten Wechsel in der Politik. Die als Schutzmacht agierende US-Administration hielt sich im Wahlkampf öffentlich zurück, setzte aber eher auf den Amtsinhaber. Denn: Der hat sich als folgsam erwiesen, einen gnadenlosen Kampf um eine neu definierte nationale Identität mit allen denkbaren und auch unvorstellbaren Grausamkeiten geführt. Die Überschrift und gebetsmühlenartig wiederholte Floskel lauteten: Armee, Sprache und Glaube (statt »Brot«!). Das Konzept ist gescheitert.

Es ging darum, alles aus dem kollektiven Gedächtnis zu löschen, was mit der langen Geschichte der in einem Land zusammenlebenden Russen, Ukrainer, Weißrussen sowie in der Sowjetzeit mit all den anderen Völkern der UdSSR zusammenhängt. Die Geschichte wird umgeschrieben, jedes Gedenken – auch an die ukrainischen Befreier vom Faschismus – soll getilgt werden. Die ukrainische Kirche wurde in einem Hasard-Theater abgespalten, Gläubige werden aus ihren angestammten Kirchen verjagt, Priester verhaftet und das kirchliche Eigentum einschließlich der Kirchen und Klöster dem »Obersten Orthodoxen« in Istanbul überschrieben. Es ist unglaublich aber wahr. Es soll im öffentlichen Leben nicht mehr russisch gesprochen werden in einem Land, das mehrheitlich in dieser Sprache spricht. Als dieses Gesetz im Parlament, der Rada, diskutiert wurde, wandte sich zeitgleich der noch amtierende Präsident »plötzlich« in russischer Sprache an das Wahlvolk und behauptete, daß jeder so reden könne, wie er möchte! Auch er sei russischsprachig, das wußten alle schon vorher. Seine Verlogenheit kennt keine Grenzen. Sein Reichtum anscheinend auch nicht.

Nüchtern betrachtet ist aus der einst am besten dastehenden Sowjetrepublik mit einem UNO-Sitz ein Land mit verarmter Bevölkerung, mit einem gegen das eigene Volk geführten Bürgerkrieg mit mehr als 10.000 Toten, ohne Schonung der lebenswichtigen Infrastruktur, mit nicht gezahlten Renten in den

Zu den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine:

Ein neuer Anfang?

von Dr. Magdalene Westendorff

Fünf Jahre nach dem gewaltsamen von Rechten im In- und Ausland von langer Hand vorbereiteten und mit Söldnern mörderisch zum Erfolg gebrachten Wechsel der Ukraine zu »Demokratie«, wurde ein neuer Präsident gewählt. Dieser hat eine starke gesetzgeberische Macht und ist Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Im ersten Wahlgang, zu dem über 40(!) Kandidaten antraten, setzte sich der populäre regierungskritische Schauspieler und Komiker Volodimir Selenskij gegen den Amtsinhaber Petro Poroschenko haushoch – ca. 30% zu 15% der Stimmen – durch. In der Stichwahl siegte der Herausforderer mit über 70% der Stimmen. Er spielte in einer Fernsehserie schon mal den Präsidenten, es kannten ihn also fast alle. In dieser Serie ging es ziemlich regierungskritisch zu und die Korruption war ein Dauerthema.

»abtrümmigen« Gebieten geworden! Noch dazu töteten die Rechten am 2. Mai 2014 bei einem Massaker Dutzende mit der neuen Macht nicht einverständene Menschen im Gewerkschaftshaus der nach dem Großen Vaterländischen Krieg als Heldenstadt ausgezeichneten Stadt Odessa. Bisher wurde niemand für die Vielzahl der Verbrechen in Kiew, im Donbass, in Odessa bestraft!! Und es wurde in den Jahren seit der »Unabhängigkeit« eine Generation erzogen, die mit handfesten Lügen über die Geschichte fit gemacht wird für weitere Greuel gegen Andersdenkende.

Der gemeinsame Nenner der offiziellen Politik heißt, gemäß dem Auftrag der westlichen Finanziere incl. des IWF der »Unabhängigen Ukraine«: Alles gegen Rußland, den Verderber der Ukraine. Selenskij muß das so vertreten, auch wenn es zum Schaden des Volkes ist. Er muß sich wie Poroschenko mit der ukrainischen Sprache abquälen, die nicht seine Muttersprache ist. Nur ein einziger Kandidat im vorderen Ranking wagte im Wahlkampf die Meinung zu vertreten, daß zumindest eine normale ökonomische Kooperation mit Rußland das Lebensniveau der Bevölkerung etwas anheben könnte.

Aber darum geht es nicht: Es geht um das Geld der Oligarchen! Letztendlich bestimmen

diese mit ihren Machtstrukturen, Milizen und Fernsehkanälen die Politik. Der nun gewählte Selenskij bleibt im politischen und ökonomischen Würgegriff des Westens – wie wird sich Trump verhalten?? Es bleiben sicher die westlichen »Berater« allerorten, die Kredite sind abzuzahlen und die Armut der Bevölkerung ist ein starker sozialer Sprengstoff. Selenskij hat statt eines Programms bisher zumindest verlaunten lassen, daß die Krim und der Donbass »zurückzuholen« seien. Positiv ist seine Aussage, daß es Gespräche mit dem »Kreml« geben soll. Aus Moskau gab es bisher keine Glückwünsche, aber das Signal zur Bereitschaft zur Verbesserung des Klimas.

Vielleicht gelingt es, den Bürgerkrieg zu beenden, trotz der militarisierten Rhetorik.

Das jetzige mehrheitlich scharf nationalistische Parlament bleibt vorerst das alte. Der amtierende Präsident Poroschenko will noch in der ihm verbliebenen Zeit das Sprachengesetz unterschreiben, gegen die Muttersprache der meisten Ukrainer! Ein großer Spaltpilz!

Es wird sehr schwer, wirklich etwas Neues zu erreichen. Ein neues Parlament könnte wirkliche Änderungen ermöglichen. Zum Beispiel die politischen Gefangenen der Poroschenko-Clique freizulassen. Die Toten können allerdings nicht auferstehen. Warten wir es ab!!!

Sozialistische Selbsthilfe Mülheim:

Hurra, wir sind wieder da!

Nach fast zwei Jahren Bauzeit am neuen Gebäude Am Faulbach 2 haben wir es geschafft: Vom Möbelzelt zum Möbelhalle.

Am 29. März haben wir neu eröffnet. Die wettergeplagten Winterzeiten im feuchten und kalten Zelt sind Vergangenheit. Ab sofort steht uns das wetterdichte, temperierte, 200 qm große Erdgeschoß des einstöckigen massiven Betongebäudes für den Möbelverkauf zur Verfügung. Hell erleuchtet mit LED-Lampen präsentieren wir wieder Tische, Schränke, Kommoden, Regale, Stühle, Küchengeräte, Antiquitäten aus unseren Wohnungsaufösungen.

Außen empfängt die Besucherinnen und Besucher eine fast behagliche Lärchenholzfassade. Ein geräumiger gepflasterter Vorplatz wurde geschaffen, das Auf- und Abladen der Möbel gelingt nun mühelos. So läßt sich arbeiten. Und bald auch wohnen, denn in der ersten Etage schaffen wir sechs Wohnräume für neue SSM-Mitglieder, für die dann Obdachlosigkeit und Hartz IV Vergangenheit sein wird. All dies konnte im Dreiklang entstehen, durch die beachtlichen MachMit-Spendengelder für Hilfe zur Selbsthilfe, der Investitionshilfe durch die Stadt Köln und durch die eigene Muskelhypothek.

Es zeigt sich, daß die sogenannten Sozialschwachen sehr stark sein können, wenn sie sich mit sozial engagierten Menschen zusammenschließen. Die Initiative »Neue Arbeit am Faulbach« ist ein innovatives Pilotprojekt, welches Hoffnung macht auf bessere Zeiten jenseits der Ellenbogengesellschaft.

HEINZ WEINHAUSEN, SSM - Sozialistische Selbsthilfe Mülheim e.V. (ssm-koeln.org)

Das Flugzeugunglück vom April 1966:

...in Rußland gedenkt man auch



Zur Ehrung der beiden 1966 ums Leben gekommenen Piloten Boris Kapustin und Juri Janow sangen die Bernauer Freunde das Lied »Der riesige Himmel« (Ogromnoe nebo).

Der Garnisionsfriedhof in der Heegermühler Straße in Eberswalde ist ein Ort, der fünfundzwanzig Jahre nach dem Abzug der Roten Armee aus Deutschland an die Präsenz sowjetischer Truppen in der Stadt und in ihrem Umfeld erinnert. Der Friedhof wurde nach dem Befehl der SMAD (Sowjetische Militäradministration in Deutschland) Nr. 117 von W.D. Sokolowski am 15. April 1946 errichtet. In der Zeit zwischen 1946 und 1967 wurden achthundertsechzig namentlich bekannte Sowjetbürger beigesetzt.

Am 6. April 2019 versammelten sich an diesem Ort mehr als vierzig Personen, um der vor dreiundfünfzig Jahren abgestürzten Jagdflieger Hauptmann Boris Wladimirowitsch Kapustin und Oberleutnant Juri Nikolajewitsch Janow zu gedenken. Während eines Überführungsfluges war die Maschine, ein hochmoderner Abfangjäger vom Typ Jak-28, wegen Triebwerksproblemen auf dem damaligen Militärflughafen Finowfurt zwischengelandet. Das Flugzeug wurde repariert und konnte nach einigen Tagen den Flug fortsetzen.

Aber zwölf Minuten nach dem Start versagten die Triebwerke erneut. Die Piloten entschlossen sich, das Flugzeug im Stößensee im damaligen britischen Sektor gelegen notzuland-

den. Sie fanden dabei den Tod und retteten Hunderten von Menschen im dicht besiedelten Stadtbild von Spandau das Leben. »Wir verneigen uns vor der menschlichen Stärke und ihrem Heldenmut« bemerkte der Vorsitzende der Eberswalder Gruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft Walde-Mar Hickel und hob hervor, daß die freundschaftlichen und persönlichen Kontakte nach Rostow am Don, der Heimatstadt Boris Kapustins auch Motiv für ihn sind, die Erinnerungen zu bewahren.

Irina Gerzew, seit mehreren Jahren in Deutschland lebend und mit einer Gruppe von Freunden aus Bernau angereist, weiß, daß die Taten der Piloten in Rußland nicht in Vergessenheit geraten sind und betonte, wie dankbar sie für die Bewahrung der Erinnerung auch in Deutschland ist. Sie stimmte dann das von der sowjetischen Chansonette Edita Pjecha gesungene und in Rußland bekannte Lied »Ogromnoe nebo« – »Der riesige Himmel« an, welches den Piloten gewidmet wurde.

Eine Gedenktafel, 1993 an der Stößenseebrücke angebracht, erinnert auch in Berlin an den Akt der Menschlichkeit der beiden Piloten in der Zeit des Kalten Krieges.

BRIGITTE GROßMANN

Flutter-Ulme gepflanzt

Baum des Jahres 2019 ist die Flutter-Ulme. Am 16. April hat der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski gemeinsam mit dem Präsidenten der STIFTUNG WALDWELTEN Prof. Schill und dem Vizepräsidenten Dr. Götz den Baum des Jahres 2019 an der Zainhammer Mühle gepflanzt. Die Flutter-Ulme ist bislang wenig bekannt, besitzt aber vor allem im urbanen Bereich wegen ihrer Widerstandsfähigkeit ein großes Potential. VERONIKA BRODMANN

Spende für WaldWelten

Anlässlich des 25jährigen Bestehens des Globus Naturkost-Geschäftes in Eberswalde haben die Inhaber Heidi und Torsten Pelikan am 24. April eine große Spende an die Stiftung WaldWelten Eberswalde übergeben. Sie wollen damit einen finanziellen Beitrag zu den Aktivitäten der Stiftung WaldWelten im Bereich der Umweltbildung und für den Erhalt der biologischen Vielfalt in der Natur leisten.

VERONIKA BRODMANN

»Gemeinsam in Panketal« (GiP):

Direkte Kommunikation

Seit einigen Tagen ist die Wählergruppe »Gemeinsam in Panketal« (GiP) unter der Web-Adresse www.gemeinsam-in-panketal.de auch im Internet zu finden. Dort können Interessierte das Kommunalwahlprogramm nachlesen, sich über die fünfzehn Kandidatinnen und Kandidaten für die Gemeindevertretung und die Ortsbeiräte informieren oder einfach Kontakt aufnehmen. Auch auf Facebook ist die Wählergruppe aktiv. Unter der Adresse www.facebook.com/GemeinsamInPanketal kann man sich über aktuelle Entwicklungen informieren.

Der direkte Kontakt ist GiP aber nach wie vor der wichtigste. »So wie auf dem Rathausfest vor zwei Wochen wollen wir möglichst direkt mit vielen Menschen sprechen und deren Wünsche und Hinweise als Grundlage unserer Arbeit aufnehmen. Deshalb werden wir in den nächsten Tagen und Wochen – aber auch nach der Wahl – jede Möglichkeit nutzen, mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Ob am Gartenzaun, ob im Verein oder auf thematischen Veranstaltungen«, so Karl Schröder (18), der gemeinsam mit Thorsten Wirth für den Wahlkampfauftzug von »Gemeinsam in Panketal« verantwortlich ist. »Viele Bürgerinnen und Bürger sehen die ausufernde Wahlwerbung kritisch. Ganz ohne geht es aber nicht. Deshalb haben wir unsere Plakatwerbung auf das Nötigste reduziert«, ergänzt Wirth. »Wir werden unsere Plakatierung erst im Mai beginnen und uns auf relativ wenige Standorte beschränken. Während andere Parteien oder »Bürgerbewegungen« die Panketaler Alleen mit Plakaten überfluten, wollen wir gezielt und punktuell werben. Ich persönlich könnte mir auch vorstellen, in der nächsten Gemeindevertretung eine Initiative zur zahlenmäßigen Begrenzung von Wahlplakaten zu starten. Niemand will an zwei oder drei Durchgangsstraßen 80 bis 100 Plakate der gleichen Partei sehen, so wie es seit den letzten Wahlen in Panketal scheinbar üblich ist. In anderen Gemeinden ist das möglich, warum nicht auch bei uns in Panketal?«

Dr. IRINA HAYEK



Panketaler Rathausfest: Dr Irina Hayek (Spitzenkandidatin Gemeindevertretung) und Eleonore Falchner (Platz 1 Ortsbeirat Zepernick) im Gespräch

Die Straßen mit kleinen Felssteinen gepflastert – so wie unsere Dorfstraßen vor siebzig und mehr Jahren. Ich hoffe, der Weg zur Casa ist nicht weit. Wegen der schlechten Wege tragen wir die Koffer zwischendurch und kommen mal wieder klatschnaß an. Diesmal sind die Zimmer zu ebener Erde und wir sind froh darüber. Ein kleiner Innenhof mit Stühlen, Tischen und sogar einer Hollywood-Schaukel, lädt zum Ausruhen ein. Sehr europäischer Einschlag, finden wir. Denn eine Hollywood-Schaukel sahen wir hier in Kuba noch nie. Die junge Frau in der Casa spricht sehr gut und vor allem schnell Englisch. Ich habe Mühe, alles zu verstehen. Das Zimmer ist – wie immer – sauber und sehr großzügig. Im Innenhof fühlen sich kleine Eidechsen wohl. Und einen Kakadu gibt es auch. Und eine Mini-Schildkröte.

Wir machen uns auf die Suche nach Wasser und finden bald auch eine gemütliche Taverne, wo wir für 10 CUC gut satt werden. Am Abend laufen wir lange durch sehr ärmliche Straßen. Die meisten Häuser sehen von außen marode aus. Man muß aufpassen, nicht in die nassen Rinnsale zu treten, die überall auf den Straßen sind. Es wird schnell dunkel, obwohl es gerade mal 18 Uhr ist. Dann gelangen wir in ein anderes Trinidad: Glatte Straßen, Banken, Hotels, eine Bühne mit Livemusik.

Am nächsten Tag haben wir um 15.30 Uhr eine Führung durch Trinidad gebucht. Die Zeit bis dahin wollen wir am Strand verbringen – aber der nächste Bus fährt erst um 11 Uhr und wir wären erst um 15.30 Uhr zurück. Also beschließen wir, uns wieder Internetkarten zu besorgen. Ich nutze die günstigste Lage und verbinde mich mit dem Internet. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten funktioniert es. Hartmut möchte noch Geld tauschen. Der Geldtausch allerdings ist nicht möglich. Naja, hätte mich am Sonntag auch gewundert.



Der steile und steinige Weg zum Wasserfall im Nationalpark Topes de Collantes.

Fotos: KORNELIA LUBKE & HARTMUT GLASKE



Rundreise auf der kubanischen Insel (4):

Die drittälteste Stadt Kubas: Trinidad

Trinidad im Süden der Insel ist die drittälteste Stadt in Kuba und Weltkulturerbe. 1519 startete von hier aus der Konquistador Hernán Cortés zur Eroberung von Mexiko. Dem Zuckermanbau und dem damit verbundenen Sklavenhandel verdankte Trinidad ab dem 18. Jahrhundert den Aufstieg zur wohlhabenden Stadt. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts verlor Trinidad seine wirtschaftliche Vormachtstellung an Cienfuegos (vgl. Teil 3 in BBP 4/2019), das vor allem vom Ausbau seines Hafens profitierte. Trinidad versank in die Bedeutungslosigkeit, konnte aber dadurch das mittelalterliche Straßenbild und teilweise auch die Prachtbauten rund um den Plaza Mayor erhalten.

Gegen 12 Uhr sind wir wieder in der Casa und entspannen, bevor wir ganz pünktlich (wir hatten nichts anderes erwartet) von unserer Reiseleiterin abgeholt werden. Sie erzählt uns, daß Trinidad 1514 gegründet wurde und reiche Familien Häuser am Plaza Mayor errichteten. Da sich die Frauen damals einen Sitzplatz vor dem Haus wünschten, bekam jedes eine überdachte Terrasse. Und um den Platz auszunutzen, befinden sich oberhalb der Terrasse Zimmer. Die hübschen schmiedeeisernen Verzierungen vor den Fenstern und die Zäune der Terrassen wurden von einem Franzosen angefertigt. Die Häuser werden heutzutage fast alle als Museum genutzt.

Rechts von der Kirche am Plaza Mayor gibt es eine breite Treppe, an deren Ende sich das Haus der Musik befindet. Hier wechseln sich verschiedene Life-Musikveranstaltungen ab. Die Menschen genießen es, auf den Stufen zu sitzen, was zu trinken und dabei der Musik zu lauschen. Aha, jetzt wissen wir, in was für eine Veranstaltung wir am Abend vorher gerieten.

Unsere Tourleiterin führt uns in ein kleines Freiluft-Lokal, das 30 verschiedene Möglichkeiten bietet, Kaffee zu trinken. Wir lassen uns von ihr Empfehlungen geben. Der Kaffee, den wir bekommen, ist kalt; ähnlich dem hiesigen Eiskaffee. Und sehr süß. Schmeckt ganz lecker.

Die Straße hinunter laufen wir bis zu einem kleinen Platz. Dort wurde anlässlich der Gründung von Trinidad ein Baum gepflanzt. Und falls dieser Baum mal eingeht, sorgt die Regierung dafür, daß ein neuer gepflanzt wird.

Ein paar Schritte weiter ein Restaurant, in dem wir die Anleitung für Mixgetränke (Coc-tails) bekommen. Der junge Mann holt Hartmut hinter den Tresen und sie mixen zuerst einen Mojito. Danach darf ich einen Cuba Libre mixen. Zum Schluß noch ein Chanchanza. Wir essen Salat und teilen uns ein Bier. Zurück zur Casa müssen wir sehr auf den Weg achten...

Am nächsten Tag geht es zeitig los zum Nationalpark TOPES DE COLLANTES. Der zu einem offenen Bus umgebaute LKW russischer Produktion fährt uns zunächst zu einem Aussichtspunkt etwa 800 m über dem Meeresspiegel mit einem phantastischer Rundblick ins Tal über Trinidad hinweg zum karibischen Meer.

Vor dem Informationszentrum über den Nationalpark gibt es eine Sonnenuhr. Sie zeigt genau eine Stunde später an als die übrigen Uhren. Demnach wurden die Uhren in Kuba eine Stunde vorgestellt? Ein Stück weiter gibt es einen typisch kubanischen Kaffee und dann wird es ernst. Zum Glück weiß ich noch nicht, was auf mich zukommt: Ein steiniger Gebirgsweg abwärts zum Wasserfall, etwa 500 Höhenmeter auf 3 km Länge. Nach einer dreiviertel Stunde sind wir da – und werden mit einem überragendem Blick belohnt: Das Wasser stürzt von den Felsen vor uns kommend in die Tiefe.

Nun graut mir vor dem Wiederaufstieg. Ich denke an die vielen Stufen, die oft auch sehr hoch waren. Und zweifle an meiner eigenen Kraft. Wird sie bis oben reichen? Naja, mein Galgenhumor reicht noch so weit, daß ich zu Hartmut sage: »Es müssen ja alle geschafft haben. Gerippe sitzen keine am Wasserfall.«

Wir brechen vor den anderen auf und machen viele Pausen. Und tatsächlich, es geht besser als gedacht. Und trotz fragender Blicke und Kopfschütteln: Es läuft sich mit meinen Havaianas (Zehenlatschen aus Gummi – Traditionsschuhe aus Brasilien) wunderbar. Und ich kann damit durchs Wasser laufen, ohne mir Gedanken machen zu müssen. Das geht mit Wanderschuhen nicht so einfach. Als wir oben ankommen, werden wir mit Beifall begrüßt. Und ich bin stolz auf mich. Zur Belohnung gibt es ein warmes Mittagessen. Und natürlich Kaffee. Gegen 16.30 Uhr sind wir wieder am Plaza Mayor in Trinidad – und ich fix und fertig.

KORNELIA LUBKE

Erzählungen zum Tag der Befreiung

Berlin (bbp). Auf der Internetseite der »Berliner Freunde Rußlands« (<http://8.mai.berliner-freunde-russlands.de>) werden aktuell Erzählungen zum Tag der Befreiung gesammelt. Aus Eberswalde ist dort bereits Otto Rubin (1928-2016) mit seinen Erinnerungen anlässlich der Verabschiedung der Eberswalder Garnison vor 25 Jahren vertreten.

Wer eigene Erinnerung zum besten geben will, kann dies über die o.g. Seite tun oder sich an WALDEMAR HICKEL von der Eberswalder Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft wenden (bfg16225@freenet.de). Die Berichte von Bürgern aus Rußland und Deutschland, die sich nach 1945 begegnet sind, Freundschaften schlossen und damit zur Versöhnung und Völkerfreundschaft beitrugen, dienen der Vorbereitung des Gedenkens an den 75. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus im Jahr 2020.

Daneben gibt es auf der gleichen Internetseite auch eine Meinungsumfrage zum Thema »Tag der Befreiung als Feiertag«. In Berlin wird der Tag im nächsten Jahr als Feiertag begangen. Das hat das Berliner Abgeordnetenhaus am 30. Januar 2019 beschlossen. Von ähnlichen Aktivitäten im Land Brandenburg ist derzeit nichts bekannt, obwohl auch hier Die Linke gemeinsam mit der SPD die Landesregierung stellt.

Die Erinnerungsaktion der AG 8. Mai im Verein »Berliner Freunde der Völker Rußlands e.V.« läuft davon unabhängig unter dem Motto »Nie wieder Krieg – Erinnerungen bewahren und Zukunft gestalten«. Der 8. Mai 1945 sei »als historisches Datum der Befreiung Deutschlands durch die Alliierten und insbesondere durch die

Rote Armee ist Bestandteil unserer Erinnerungskultur. Er mahnt, den Frieden als das kostbarste Gut zu bewahren. In Vorbereitung des 75. Jahrestags des Endes des Zweiten Weltkrieges in Europa und der Befreiung wollen wir Begegnungen der Menschen in unseren Ländern, die von Verständigung und Freundschaft zwischen Deutschland und Rußland in Vergangenheit und Gegenwart geprägt sind, bewahren und weiter vermitteln.«

Brigitte Großmann und Joachim Hinz von der AG 8. Mai rufen dazu auf, Erinnerungsberichte in Wort und Bild für die Veröffentlichung auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft 8. Mai des Vereins »Berliner Freunde der Völker Rußlands« (oder auswahlweise in einer späteren gedruckten Version) zu übermitteln.

»Wir bitten für den Bericht auf folgende Fragestellung einzugehen:

– Welche Bedeutung hat der 8. Mai 1945 für mein Leben?

– Was verbindet mich als deutscher Bürger mit Personen aus der Sowjetunion/Rußland bzw. als Bürger Rußlands mit Menschen aus Deutschland?

– Welche Erlebnisse, Kontakte gibt es zwischen Deutschen und Russen in meinem Umfeld, an denen ich beteiligt war/bin?

– Warum ist mir die gute nachbarschaftliche Beziehung zwischen den Menschen unserer Länder wichtig?«

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende oder mehr)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über einen Postzustelldienst wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

IBAN BIC Bank

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (Bestellmöglichkeit per Telefon und e-mail siehe Impressum)

Anzeige

Guido Penz



Ich bin alleinerziehender Vater und arbeite in der Leiharbeit als Buchhalter. Mein Sohn steht für mich an erster Stelle. Doch die Erfahrungen als Leiharbeiter, Pendler im Stau der Heegermühler Straße, Alleinerziehender u.v.m. brachten mich dazu, mich nunmehr politisch zu engagieren.

Meine Ziele:

Radwege in Eberswalde entlang der B167 sicherer gestalten. Hier bin ich Mitglied der Bürgerinitiative »Radwege in Eberswalde«. Zugleich stehe ich zum »Nein« für die B167neu.

Ein besseres Spiel- und Freizeitangebot für unsere Kinder durch besseres Spielmittel.

Verlängerung der Bahnunterführung in Eberswalde, sodaß der Bahnhof von Westend schneller erreichbar ist.

Mehr Datenschutz für Hinweisgeber bei Gefahrenmeldungen. Besonders beim Jugendamt des Landkreises gibt es hier großen Nachholbedarf.

Durch mehr Personal und kleinere Klassen ein besseres Lernen in den Schulen ermöglichen.

Neuwahl des Barnimer Landrates mit dem Wunsch, daß jemand mit mehr Menschlichkeit das Amt übernimmt.

Sie können sich jederzeit an mich wenden, denn ein gemeinsames Gespräch ist immer ein Gewinn.

Zur **Wahl des Kreistages** kandidiere ich auf **Liste 4** · BVB/FREIE WÄHLER.

Zur **Wahl der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde** finden Sie mich auf **Liste 12** DIE PARTEI ALTERNATIVE LISTE EBERSWALDE (PARTEI/ ALE)

Guido Penz · Flämingstr. 33 · 16227 Eberswalde
guido.penz@guidopenz.de · www.guidopenz.de

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon: (0 33 34) 35 65 42

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

internet: www.barnimer-buergerpost.de

redaktion: Gerd Markmann

druckerrei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 24. April 2019

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 22. Mai 2019.

Am Sonnabend, den 4. Mai, findet ab 10 Uhr
das 9. Völkerballturnier der Toleranz
 in der Sporthalle des SV Motor Eberswalde in
 der Postdamer Allee 37 statt. Besucher sind
 willkommen, für Speis und Trank wird gesorgt.
Zonenboys Eberswalde e.V.

Tag der Befreiung

Eberswalde (prest-ew/bbp). Die Stadt Eberswalde und die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft rufen aus Anlaß des 74. Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus zu einer Kranzniederlegung am 8. Mai am Sowjetischen Ehrenmal auf dem Waldfriedhof an der Freienwalder Straße auf. Beginn ist um 16 Uhr. Der Chor Iwuschka sorgt für musikalische Begleitung. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, an diesem Tag gemeinsam der Opfer von Krieg und Faschismus zu gedenken und ein Zeichen für Frieden, Demokratie und Menschenwürde zu setzen.

Erzähl' deine Geschichte!

Lastenräder in Eberswalde leihen

Leih' dir eines der Eberswalder Leihräder aus (kostenlos, Spendenempfehlung 5 Euro/Tag) und mach dich auf den Weg. Noch bis zum 21. Juni kannst du mit vier Rädern teilnehmen (mehr Infos siehe www.lastenrad-eberswalde.de): Long John – »Krumme Gurke«, XYZ Cargo – »Globus Naturkost«, XYZ Cargo mit E-Antrieb – »Tante Sören«, E-Bullitt – »Thinkfarm Eberswalde«. Deine Geschichte mit Foto an: Klimaschutzprojekt »Transition Thrive«, Thinkfarm Eberswalde, Puschkinstraße 15, 16225 Eberswalde (eMail: transitionthrive@hebewerk-eberswalde.de).

ANJA NEUMANN

Uschi, mach weiter so

Appell an Ministerin Ursula von der Leyen

Nach den neuesten Meldungen stiegen die Rüstungsausgaben in der BRD auf 49,5 Milliarden Dollar, womit das Land weltweit mit den Militärausgaben auf den achten Platz aufrückte. Für die NATO und vor allem dem US-Präsidenten ist das immer noch viel zu wenig. Deren Forderung, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, würde den Militäretat auf 70 Milliarden katapultieren.

Die BRD-Kriegsministerin Ursula von der Leyen tut in der Zwischenzeit ihr Bestes, damit mit dem vielen Geld kein Schaden ange richtet wird. Sie heult mit den Falken, läßt jedoch zugleich ihrer Ministerialbürokratie freien Lauf, das viele Geld so auszugeben, daß es sogar der Bundesrechnungshof kritisiert.

So lief kurz vor Ostern die Meldung über die Presseticker, daß die Bundeswehr für ihre vier neuen und drei Milliarden teuren Fregatten der Klasse 125 nicht genügend Besatzungen ausgebildet habe, um die Kriegsschiffe wie im Besatzungskonzept geplant einzusetzen. Deshalb könnten die Fregatten mindestens zehn Jahre lang nicht so genutzt werden, wie es das Konzept vorsehe.

Es ist nicht bekannt, ob die Friedensbewegung dieses Engagement der CDU-Ministerin für den Frieden während ihrer Ostermärsche entsprechend gewürdigt hat. Wäre der Friedensnobelpreis nicht inzwischen vor allem Kriegstreibern vorbehalten, wäre Ursula von der Leyen eine würdige Preisträgerin. Frau von der Leyen: Machen Sie weiter so! Es ist ein Beitrag für den Frieden.

HERIBERT HIMMELBLAU

Mieterhöhungen in Eberswalde: Genossenschaft zieht nach

Eberswalde (bbp). Nachdem die städtische WHG als Mietpreistreiberin voranging und kürzlich mit marialischer Staatsgewalt eine Zwangsräumung zelebriert wurde, zieht nun auch die Wohnungsgenossenschaft beim Mietpreiswettbewerb nach. Aktuell werden in Finow-Ost und im Brandenburgischen Viertel Erhöhungsschreiben verschickt. Dabei geht es um Steigerungen um 9 % oder sogar bis 15 %.

Zeitgleich haben die Genossenschaft und die Stadtverwaltung eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen, über die am 29. April die Stadtverordneten beschlossen haben. Inwieweit hier ein Zusammenhang mit dem im Herbst 2018 vorgestellten Mietsteigerungskonzept der WHG besteht und ob sich die Genossenschaft in einer Nebenabrede zur Erhöhung der Nutzungsentgelte verpflichtet hat, ist derzeit noch nicht bekannt.

Rentensprechstunde

»Brandenburgische Rentnerinitiative«

Rentenempfänger können einmal im Monat Fragen zu ihren Rentenbescheiden klären. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Rentnerinitiative« gibt Hilfestellung beim Lesen der Bescheide und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin, wie gewohnt am zweiten Mittwoch des Monats, ist am 8. Mai, von 10 bis 12 Uhr im Objekt der Volkssolidarität, Mauerstr. 17 (Richterplatz) in Eberswalde.

ANDREA HOEHNE

Anzeige

Die Politik ist am Ende. Wir sind am Anfang!

Ein gläsernes Rathaus statt Bürokratenfilz.

Eberswalde ist größer als der Marktplatz. Alle Macht den Ortsbeiräten!

Bezahlbarer Wohnraum für alle! Kein Abriß mehr von Wohnraum.

Wir wollen eine Stadt mit Luft zum Atmen und ohne künstlich erzeugtes Verkehrschaos.

Wir brauchen vernünftige Radwege und Obusse, die nicht im Stau stecken bleiben.

Wir wollen selbstbewußte und aktive Bürgerinnen und Bürger, die die Kommunalpolitik in die eigene Hand nehmen und das öffentliche Leben in unserer Stadt bestimmen.

Unsere Kandidaten für die
 Stadtverordnetenversammlung Eberswalde:

Wahlkreis 1 (Eberswalde östl. der Bahn):
 Mirko Wolfgramm (Die PARTEI)
 Silke Markmann (ALE)
 Dr. Ulrich Pofahl (BI Radwege)

Wahlkreis 2 (Eberswalde/Finow westl. der Bahn):
 Peggy Siegemund (ALE)
 Gerd Markmann (ALE)
 Sabine Großnick (BI Radwege)
 Udo Wolfgramm (Die PARTEI)
 Guido Penz (BI Radwege)

Die **PARTEI**

Alternative

Bürgerinitiative
Radwege in
Eberswalde
Liste Eberswalde

www.alternative-eberswalde.de
radwege.alternative-eberswalde.de
die-partei-bbg.de

~~☒~~ ~~☒~~ ~~☒~~
Liste 12